



# **D Motionen und Postulate**



# Motionen und Postulate

## Staatskanzlei

### Motionen

Keine

### Postulate

1. *Heidy Lang* und Mit. über ein Kapitel «Zur Lage des Kantons» im Staatsverwaltungsbericht (Nr. 255). Eröffnet 21.11.2000, erh. 2.7.01

Das Anliegen wurde im Grunde bereits in den vergangenen Jahren erfüllt. Den Berichtserstattungen der Dienststellen der Verwaltung war im «alten» Staatsverwaltungsbericht jeweils ein von den zuständigen Departementen verfasstes Kapitel «Regierungsprogramm» vorangestellt. Dieses Kapitel erfüllte departementsweise die im Postulat aufgestellten Forderungen. Auf den 1. Januar 2002 sind die Neuerungen im Organisations- und Grossratsgesetz sowie im Finanzhaushaltgesetz (Einführung von WOV) in der gesamten kantonalen Verwaltung in Kraft getreten. Damit wird der bisher alle zwei Jahre erscheinende Staatsverwaltungsbericht durch einen Jahresbericht abgelöst, der zusammen mit der Staatsrechnung dem Grossen Rat unterbreitet wird. Im «neuen» Jahresbericht wird in einem gesonderten Kapitel über die Umsetzung des Regierungsprogramms Rechenschaft abgelegt. Das Postulat ist erfüllt und abzuschreiben.

2. *Peter Beutler* und Mit. über den Internetzugriff auf die systematische Rechtssammlung des Kantons Luzern (Nr. 295). Eröffnet 16.1.01, erh. 2.7.01

Die Systematische Rechtssammlung des Kantons Luzern (SRL) wird seit 1998 auf CD-ROM publiziert und halbjährlich aktualisiert. Seit April 2001 kann die SRL im Internet unter [www.lu.ch](http://www.lu.ch) konsultiert werden. Zurzeit wird daran gearbeitet, den Update-Rhythmus zu erhöhen. Das Postulat ist erfüllt und abzuschreiben.

3. *Marcel Johann* und Mit. über den Erfüllungsgrad des Regierungsprogramms 1999–2003 (Stand Halbzeit Legislatur). (Nr. 552). Eröffnet 21.1.02, erh. 23.4.02

Wir verweisen auf die Ausführungen zu Postulat Nr. 1. Im Übrigen weisen wir Sie auf die von uns im Dezember 2001 im Zusammenhang mit einer Medienorientierung erstellte Halbzeitbilanz zum Regierungsprogramm hin, die im Internet unter <http://www.lu.ch/index/regierung/regierungsrat/halbzeitbilanz.htm> abgerufen werden kann. Das Postulat ist erfüllt und abzuschreiben.

## Bau- und Verkehrsdepartement

### Motionen

1. *Erwin Bachmann* und Mit. über ein sofortiges Planauflegeverfahren für einen Autobahnanschluss N 14 in Buchrain (Nr. 413). Eröffnet 9.3.81, teilw. erh. 20.10.81

Das Bundesamt für Strassen hat uns im November 2000 den Auftrag zur Ausarbeitung des generellen Projektes für den Anschluss Buchrain erteilt. Die öffentliche Auflage für das generelle Projekt ist in der ersten Hälfte 2003 und die Genehmigung durch den Bundesrat im Winter 2003/2004 vorgesehen. Danach muss das Ausführungsprojekt ausgearbeitet werden, das durch das UVEK nach der öffentlichen Auflage bis Ende 2006 genehmigt werden soll, so dass der Bau 2007 begonnen werden kann.

2. *Alex Bruckert* und Mit. über die Änderung von § 41 Absatz 1 des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr und den schienengebundenen Güterverkehr (Nr. 490). Eröffnet 11. 9. 01, teilw. erh. 5. 3. 02

Zusammen mit dem neuen Finanzausgleichsgesetz wurde auch das Gesetz über den öffentlichen Verkehr und den schienengebundenen Güterverkehr so geändert, dass der Kanton sich neu mit 20% am Zweckverband für den öffentlichen Agglomerationsverkehr beteiligt. Die Motion ist erfüllt und abzuschreiben.

---

## Postulate

1. *Joseph Hardegger* und Mit. über die verkehrsmässige Entlastung des Rontales (Nr. 220). Eröffnet 4. 3. 80, erh. 20.10. 81

Wir verweisen auf die Ausführungen zu Motion Nr. 1

2. *Manfred Aregger* namens der Kommission zur Vorberatung der Bauprogramme 1982–1985 für die Kantons- und die Gemeindestrassen über einen Vollanschluss an die Nationalstrasse N 14 in Buchrain mit Tunnel Rontal–Reusstal (Nr. 579). Eröffnet 6. 4. 82, erh. 17. 5. 82

Wir verweisen auf die Ausführungen zu Motion Nr. 1

3. *Erwin Bachmann* (Emmen) und Mit. über einen Vollanschluss an die Nationalstrasse N 14 in Buchrain mit Tunnel Rontal–Reusstal (Nr. 582). Eröffnet 6. 4. 82, erh. 17. 5. 82

Wir verweisen auf die Ausführungen zu Motion Nr. 1

4. *Hans Stettler* und Mit. über den Autobahnanschluss A 14 Buchrain (Nr. 285). Eröffnet 28.1. 97, teilw. erh. 13. 5. 97

Wir verweisen auf die Ausführungen zu Motion Nr. 1

5. *Marcel Roth* und Mit. über eine effizientere Abwicklung im Kantonsstrassenbau (Nr. 556). Eröffnet als Motion 29. 6. 98, erh. als Postulat 22. 3. 99

Der im Strassengesetz verankerte Grundsatz, wonach der Regierungsrat den Bau von Kantonsstrassen beschliesst, soweit diese Aufgabe nicht Ihrem Rat zufällt, und die dafür erforderliche Projektbewilligung erteilt, ist zweckmässig. Ob für weniger bedeutende Kantonsstrassenprojekte eine Delegation dieser Kompetenzen an das fachlich zuständige Departement in Betracht fällt, prüfen wir im Rahmen der gegenwärtig laufenden Arbeiten zur Verankerung der Verfahrenskonzentration namentlich auch im Strassengesetz und im Zusammenhang mit der Neuregelung der Zuständigkeiten in diesem Gesetz.

6. *Hans Aregger* und Mit. über das Radwegkonzept im Rottal (Nr. 101). Eröffnet als Motion 15. 2. 2000, erh. als Postulat 6. 6. 2000

Der Grosse Rat hat im November 2002 das Bauprogramm 2003–2006 für die Kantonsstrassen beschlossen. Der Antrag wurde ins Bauprogramm aufgenommen. Das Postulat ist erfüllt und abzuschreiben.

7. *Walter Stucki* und Mit. über eine Umfahrungsstrasse für Emmen Dorf (Nr. 70). Eröffnet als Motion 29.11. 99, teilw. erh. als Postulat 24.10. 2000

Die Umfahrung Emmen wurde nicht ins Bauprogramm 2003–2006 für die Kantonsstrassen aufgenommen. Das Postulat ist abzuschreiben.

8. *Louis Schelbert* und Mit. über die Neuregelung der Kompetenzen im öffentlichen Verkehr (Nr. 165). Eröffnet als Motion 4. 7. 2000, erh. als Postulat 24.10. 2000

Mit der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA), der Bahnreform 2, dem Agglomerationsprogramm des Bundes usw. werden sich neue Erkenntnisse im Sinne des Postulates ergeben, die in allfällige Gesetzesänderungen einfließen werden.

9. *Heinz Dätwyler* und Mit. über die schrittweise Verwirklichung der S-Bahn Zentralschweiz (Nr. 171). Eröffnet 4. 7. 2000, erh. 24.10. 2000

Wir werden im Rahmen des Planungsberichtes S-Bahn dazu Stellung nehmen.

10. *Rico De Bona* und Mit. über die Aufnahme einer Haltestelle «Ruopigen» (Littau/Reussbühl) im Konzept der S-Bahn Zentralschweiz (Nr. 184). Eröffnet 12. 9. 2000, erh. 16.1.01

Wir werden im Rahmen des Planungsberichtes S-Bahn dazu Stellung nehmen.

---

11. *Ruedi Amrein* und Mit. über die Entlastung der Wuhrgenossenschaften von Unterhaltungspflichten an grossen öffentlichen Gewässern (Nr. 226). Eröffnet 24.10.2000, erh. 27.3.01

Gemäss Wasserbaugesetz ist der Unterhalt der öffentlichen Gewässer grundsätzlich Sache der Gemeinden. Damit die Gemeinden eine den konkreten Verhältnissen entsprechende Lösung wählen können, wurden sie ermächtigt, die Wuhrpflcht den Interessierten zu überbinden. Die Gemeinden haben bereits heute die Möglichkeit, an den Unterhalt Beiträge auszurichten. Das Postulat ist abzuschreiben.

12. *Ruedi Stöckli* über den Bau eines Rad- und Gehwegs auf der Kantonsstrasse K 30 Meierskappel–Udligenswil, Abschnitt ab bestehendem Trottoir Spycher Dorfausgang bis Bushaltestelle Feissenacher in der Gemeinde Meierskappel (Nr. 241). Eröffnet 20.11.2000, erh. 27.3.01

Der verlangte Rad- und Gehweg wurde nicht ins Bauprogramm 2003–2006 für die Kantonsstrassen aufgenommen. Das Postulat ist abzuschreiben.

13. *Albert Vitali* und Mit. über den Endausbau des Radwegs Nottwil–Oberkirch (Nr. 273). Eröffnet 21.11.2000, erh. 27.3.01

Der Antrag wurde ins Bauprogramm 2003–2006 für die Kantonsstrassen aufgenommen. Das Postulat ist erfüllt und abzuschreiben.

14. *Hans Peter Pfister* und Mit. über die Aufhebung des SBB-Niveauübergangs Sempach Station (Nr. 321). Eröffnet 13.2.01, erh. 3.7.01

Die Teilprojektierung der Aufhebung des SBB-Niveauübergangs Sempach Station ist im Bauprogramm 2003–2006 für die Kantonsstrassen aufgeführt. Das Postulat ist erfüllt und abzuschreiben.

15. *Guido Graf* und Mit. über die Aufnahme von zwei Teilstücken der Kantonsstrasse K 46 in das Bauprogramm 2003–2006 (Nr. 340). Eröffnet 27.3.01, erh. 2.7.01

Die zwei Teilstücke der Kantonsstrasse K 46 Steinacher–Buttenried/Gemeindegrenze Roggliswil und Scharleten/Brunnmatt–Kantonsgrenze Aargau wurden nicht ins Bauprogramm 2003–2006 für die Kantonsstrassen aufgenommen. Das Postulat ist abzuschreiben.

16. *Pius Höltschi* und Mit. Über die Einführung des Halbstundentakts der S-Bahn Zentralschweiz auf dem gesamten Abschnitt Seetalbahn (Nr. 385). Eröffnet 8.5.01, erh. 11.9.01

Über entsprechende Angebotsmassnahmen werden wir im Rahmen des Angebotsbeschlusses für das Fahrplanjahr 2005 befinden.

17. *Pius Höltschi* und Mit. über die Optimierung des öffentlichen Regionalverkehrs mittels Einführung des Halbstundentakts der Linienbusse als Zubringer an die S-Bahn Seetal (Nr. 386). Eröffnet 8.5.01, erh. 11.9.01

Über entsprechende Angebotsmassnahmen werden wir im Rahmen des Angebotsbeschlusses für das Fahrplanjahr 2005 befinden.

18. *Räto Camenisch* über die Planung der neuen S-Bahn Luzern (Nr. 403). Eröffnet 25.6.01, erh. 11.9.01

Wir werden im Rahmen des Planungsberichtes S-Bahn dazu Stellung nehmen.

19. *Heinz Dätwyler* und Mit. über eine S-Bahn-Erschliessung von Kriens (Nr. 434). Eröffnet als Motion 2.7.01, erh. als Postulat 11.9.01

Wir werden im Rahmen des Planungsberichtes S-Bahn dazu Stellung nehmen.

20. *Hans Aregger* und Mit. über den Ausbaustandard von Kreiseln und Ähnlichem (Nr. 384). Eröffnet als Motion 8.5.01, erh. als Postulat 20.11.01

Der Grosse Rat hat mit seinem Beschluss über das Bauprogramm 2003–2006 für die Kantonsstrassen auch über die Anzahl von Neu- und Umbauten von Kreiseln und Fussgängerquerungen entschieden. Das Postulat ist erfüllt und abzuschreiben.

21. *Guido Müller* über den Bau eines Rad- und Gehwegs auf der Kantonsstrasse K 17 Root–Gisikon–Honau–Rotkreuz, Abschnitt Gisikon–Kantonsgrenze Zug (Nr. 425). Eröffnet 2.7.01, erh. 20.11.01

Der Antrag wurde in das Bauprogramm 2003–2006 für die Kantonsstrassen aufgenommen. Das Postulat ist erfüllt und abzuschreiben.

22. *Josef Rüttimann* und Mit. über einen durchgehenden Rad- und Gehweg oder Radstreifen auf der Kantonsstrasse Rothenburg–Beromünster (Nr. 436). Eröffnet 3. 7. 01, erh. 20. 11. 01

Der Antrag wurde nicht ins Bauprogramm 2003–2006 für die Kantonsstrassen aufgenommen. Das Postulat ist abzuschreiben.

23. *Josef Wyss* und Mit. über eine definitive Realisierung der Radroutenverbindung ab Kantonsgrenze Aargau (Triengen) bis Sursee (Nr. 440). Eröffnet 3. 7. 01, erh. 20. 11. 01

Es wurden sämtliche fehlenden Radverkehrsanlagen mit Ausnahme des Abschnitts Triengen Dorf bis Marchstein/Grenze Kanton Aargau ins Bauprogramm 2003–2006 für die Kantonsstrassen aufgenommen. Das Postulat ist teilweise erfüllt und abzuschreiben.

24. *Heinz Dätwyler* über den «Letter of Understanding» – Der Reuss-Reuss-Tunnel als Alternative zur grossräumigen Umfahrung der Agglomeration Luzern (Nr. 411). Eröffnet 25. 6. 01, erh. 28. 1. 02

Der von uns erarbeiteten Standesinitiative zur Umfahrung des Raums Luzern für den Nord-Süd-Verkehr hat der Grosse Rat am 28. Januar 2002 zugestimmt. Das Anliegen der Standesinitiative ist in den beiden Eidgenössischen Räten als Postulat überwiesen worden. Im Vernehmlassungsentwurf Konzeptteil Sachplan Strasse vom September 2002 ist die Autobahn A 2 in der Agglomeration Luzern als Kapazitätsengpass im Problemplan aufgeführt. Wir setzen uns weiterhin für die Einleitung von Massnahmen ein, welche die Verkehrssicherheit und den Verkehrsfluss auf der Autobahn A 2 gewährleisten. Die im Postulat vorgestellten Ideen und Überlegungen werden wir in diesem Rahmen prüfen.

25. *Heinz Dätwyler* und Mit. über die Schaffung und Äufnung eines Fonds für Grossprojekte gemäss § 20 öVG (Nr. 518). Eröffnet 23. 10. 01, erh. 28. 1. 02

Wir werden im Rahmen des Planungsberichtes S-Bahn dazu Stellung nehmen.

26. *Rico De Bona* und Mit. über die Finanzierung einer S-Bahn (Nr. 521). Eröffnet 19. 11. 01, erh. 28. 1. 02

Wir werden im Rahmen des Planungsberichtes S-Bahn dazu Stellung nehmen.

27. *Adrian Borgula* und Mit. über eine schnellere Planung und Realisierung des S-Bahn-Projekts im Raum Luzern Süd (Nr. 547). Eröffnet 21. 11. 01, teilw. erh. 28. 1. 02

Wir werden im Rahmen des Planungsberichtes S-Bahn dazu Stellung nehmen.

28. *Josef Renggli* und Mit. über die Änderung der Verordnung zum eidgenössischen Raumplanungsgesetz (Nr. 481). Eröffnet 11. 9. 01, erh. 28. 1. 02

Der Regierungsrat hat im Rahmen des Vernehmlassungsverfahrens zur revidierten Raumplanungsverordnung eine positive Stellungnahme im Sinne des Postulanten eingebracht. Der Bundesrat wird voraussichtlich bis zum Sommer 2003 über die Änderung der Raumplanungsverordnung befinden.

29. *Fredy Zwimpfer* und Mit. über die Kantonsstrassenbrücken mit 28 Tonnen Nutzlast (Nr. 513). Eröffnet 23. 10. 01, erh. 5. 3. 02

Drei Brücken in den Gemeinden Vitznau, Flühli und Oberkirch werden im Rahmen der Unterhaltsarbeiten verstärkt. Drei weitere Brücken in den Gemeinden Marbach, Schötz und Triengen sind im Bauprogramm 2003–2006 für die Kantonsstrassen namentlich erwähnt. Das Postulat ist erfüllt und abzuschreiben.

30. *Guerino Riva* und Mit. über die Optimierung des Lärmschutzprojekts «Silentio» im Bereich Bramberg/St. Karli (Nr. 531). Eröffnet als Motion 21. 11. 01, erh. als Postulat 5. 3. 02

Über Massnahmen auf Nationalstrassen entscheidet der Bund. Im Mehrjahresprogramm für Nationalstrassen ist das Vorhaben noch nicht enthalten.

31. *Otto Elmiger* und Mit. über die Aufnahme der Umfahrung Hochdorf ins Strassenbauprogramm 2003–2006 (Nr. 512). Eröffnet als Motion 23. 10. 01, erh. als Postulat 23. 4. 02

Die Umfahrung Hochdorf wurde nicht ins Bauprogramm 2003–2006 für die Kantonsstrassen aufgenommen. Das Postulat ist abzuschreiben.

32. *Hans Peter Pfister* und Mit. über den kreativen Spielraum in der Richtplanung (Nr. 550). Eröffnet 21.11.01, erh. 23. 4. 02

Im Rahmen des laufenden Projekts Gemeindereform 2000+ werden auch die raumplanerischen Fragen betreffend zweckmässiger Anordnung der Siedlungs- und Arbeitsplatzgebiete diskutiert und geprüft. Dabei wird insbesondere der Absicht des Postulanten nach einer regionalen raumplanerischen Betrachtungsweise Rechnung getragen. Die Frage nach einer angemessenen Berücksichtigung der Gemeindeautonomie in Planungssachen werden wir im Projekt «Aufgabenteilung in der Raumplanung» weiter prüfen und bearbeiten.

33. *Guerino Riva* und Mit. über ein Parkhaus Nord beim Kantonsspital Luzern (Nr. 530). Eröffnet als Motion 21.11.01, teilw. erh. als Postulat 23. 4. 02

In der Beantwortung der Motion haben wir auf die Dringlichkeit zur Lösung der Parkierungsprobleme am Kantonsspital Luzern hingewiesen. Die neue Parkierungsanlage wird nun bis zum Sommer 2003 fertiggestellt. Falls sich im Park + Ride-Konzept der Standort Kantonsspital trotz der grossen Problemstellungen als geeigneter Standort für eine Park + Ride-Anlage erweisen sollte, müsste eine Erweiterung der Anlage unter Berücksichtigung eines Gesamtbebauungskonzeptes geprüft werden. Das Park + Ride-Konzept wird im Frühjahr 2003 vorliegen, so dass wie geplant eine Vernehmlassung durchgeführt werden kann.

34. *Rico De Bona* und Mit. über die Nichtzulassung von Firmen im Rahmen des öBG, die Schwarzarbeiter beschäftigen (Nr. 586). Eröffnet 28.1.02, erh. 23. 4. 02

Mit den geltenden Bestimmungen des Gesetzes über die öffentlichen Beschaffungen ist sichergestellt, dass Firmen, die nachweislich Schwarzarbeiterinnen oder Schwarzarbeiter beschäftigen, keine Aufträge der öffentlichen Hand erhalten. Sowohl die zuständigen Vertreterinnen und Vertreter der Gemeinden als auch unsere Amtsstellen werden wir, wo dazu Anlass besteht, in geeigneter Weise auf die entsprechenden Gesetzesvorschriften hinweisen. In diesem Sinn ist das Postulat als erfüllt abzuschreiben.

35. *Albert Vitali* und Mit. über die Reformorientierung des Richtplans 98 (Nr. 571). Eröffnet 22.1.02, erh. 27. 5. 02

Das Raumplanungsamt wird dem Regierungsrat den ersten Controllingbericht zum Richtplan 98 im Jahr 2003 zur Beschlussfassung vorlegen. Sofern sich daraus Anpassungsbedarf für den Richtplan 98 ergibt, werden wir den Grossen Rat mit einem Planungsbericht orientieren.

36. *Rico De Bona* über eine zeitliche Befristung von gültigen Gestaltungsplänen (§ 72 ff. PBG) (Nr. 587). Eröffnet als Motion 4. 3. 02, erh. als Postulat 27. 5. 02

Das im Vorstoss zum Ausdruck gebrachte Anliegen, Gestaltungspläne an neue Erkenntnisse und Erfordernisse anzupassen, ist im geltenden Recht ausreichend berücksichtigt. Eine Ergänzung der Gesetzgebung erübrigt sich, zumal sich die bestehende Regelung zur Geltungsdauer von Gestaltungsplänen im Wesentlichen bewährt hat. Die Aufgabe, die Gemeinden vermehrt zu einer Überprüfung und gegebenenfalls Anpassung oder Aufhebung von Gestaltungsplänen in dem dafür vorgesehenen Verfahren anzuhalten, setzen wir im Rahmen unserer Kontakte mit den Gemeinden laufend um. Das Postulat ist in diesem Sinn erfüllt und abzuschreiben.

37. *Adrian Borgula* und Mit. über die Prüfung neuer Verkehrsführungen am Kasernenplatz im Rahmen des Architekturwettbewerbs zum Bau der Universität (Nr. 598). Eröffnet 5. 3. 02, erh. 2. 7. 02

Die Zielsetzungen des Ideenwettbewerbs konnten vollumfänglich erreicht werden. Der grosse Spielraum ergab eine breite Palette von Lösungsmöglichkeiten in städtebaulicher, architektonischer und verkehrstechnischer Hinsicht. Die verkehrstechnischen Lösungsansätze wurden nach Abschluss des Ideenwettbewerbs analysiert und weiterentwickelt. Den Teilnehmern des Studienauftrags als zweite Stufe des Planungsverfahrens wurde für die verkehrstechnischen Problemstellungen ein Lösungsvorschlag, der eine wesentliche Optimierung der heutigen Verkehrsführungen vorsieht, abgegeben. Das Postulat ist erfüllt und abzuschreiben.

38. *Walter Stucki* und Mit. über die Verkehrssicherheit auf der Seetalstrasse im Bereich Waltwil–Mettenwilhöhe in den Gemeinden Emmen und Eschenbach (Nr. 585). Eröffnet 28.1.02, teilw. erh. 9. 9. 02

Der Antrag wurde nicht ins Bauprogramm 2003–2006 für die Kantonsstrassen aufgenommen. Das Postulat ist abzuschreiben.

39. *Josef Fischer* und Mit. über die Finanzierung der Strassenrechnung (Nr. 601).  
Eröffnet 5. 3. 02, erh. 9. 9. 02 (in Verbindung mit dem Finanzdepartement)

Der Finanzplan 2002–2006 vom 21. August 2001 (B 102) sieht ab 2006 einen Überschuss der Strassenrechnung und damit den Abbau der Strassenbauschuld vor. Auf Bundesebene sind mit dem neuen Finanzausgleich und dem Agglomerationsprogramm sowie im Kanton mit der Gemeindereform 2000+ mehrere Projekte in Planung, mit denen die Aufgabenteilung zwischen Bund, Kanton und Gemeinden sowie die Verkehrsfinanzierung grundlegend überprüft werden.

40. *Adrian Borgula* und Mit. über die Sicherung gefährlicher Zebrastreifen (Nr. 621).  
Eröffnet 23. 4. 02, erh. 10. 9. 02

In einer ersten Phase wurden die Strassenbeleuchtung, die Sichtweiten, der Verlauf der Strassenränder sowie die Einbaumöglichkeit von Schutzinseln bei allen bestehenden Zebrastreifen überprüft und Empfehlungen zur Erhöhung der Sicherheit erarbeitet. In der zweiten Phase werden alle in der ersten Phase als problematisch bezeichneten Übergänge anhand eines Kriterienkatalogs nochmals überprüft und konkrete Vorschläge für kleinräumige Verschiebungen, bauliche Verbesserungen usw. erarbeitet. Diese Phase sollte im Sommer 2003 abgeschlossen werden können. Anschliessend werden die Resultate mit den Gemeinden besprochen.

41. *Ida Glanzmann* und Mit. über die Erstellung von Lärmschutzmassnahmen im Bereich der A 2 auf den Gemeindegebieten von Dagmersellen, Uffikon und Buchs (Nr. 688). Eröffnet als Motion 25. 6. 02, erh. als Postulat 25. 11. 02

Über Massnahmen auf Nationalstrassen entscheidet der Bund. Im Mehrjahresprogramm für Nationalstrassen sind Massnahmen zwischen Uffikon und Sursee in den Jahren 2008–2009 enthalten.

42. *Josef Rüttimann* und Mit. über Prioritätensetzung bei der Ausführung des Strassenbauprogramms 2003–2006 und künftiger Bauprogramme (Nr. 741). Eröffnet als Motion 10. 9. 02, erh. als Postulat 25. 11. 02

Das Bauprogramm zeigt auf, wann die einzelnen Projekte geplant und realisiert werden sollen. Im Finanz und Aufgabenplan 2003–2007 sind die finanzpolitischen Prioritäten und der Handlungsbedarf aufgezeigt. Das Postulat ist erfüllt und abzuschreiben.

43. *Heinz Dätwyler* und Mit. über den Abbau der aufgelaufenen Strassenbauschuld gemäss bestehender Sonderfinanzierung (Nr. 710). Eröffnet 9. 9. 02, erh. 25. 11. 02

Der Finanzplan 2002–2006 vom 21. August 2001 (B 102) sieht ab 2006 einen Überschuss der Strassenrechnung und damit den Abbau der Strassenbauschuld vor. Auf Bundesebene sind mit dem neuen Finanzausgleich und dem Agglomerationsprogramm sowie im Kanton mit der Gemeindereform 2000+ mehrere Projekte in Planung, mit denen die Aufgabenteilung zwischen Bund, Kanton und Gemeinden sowie die Verkehrsfinanzierung grundlegend überprüft werden.

## Bildungsdepartement

### Motionen

1. *Erna Müller* und Mit. über die Integration neuer Technologien bei der Informationsbeschaffung (Nr. 159). Eröffnet 4. 7. 2000, erh. 12. 9. 2000

Der Planungsbericht vom 13. März 2001 wird gegenwärtig aktualisiert und überarbeitet. Er wird nach Abschluss des Projekts «Schule in Diskussion» im Sommer 2003 an den Grossen Rat weitergeleitet.

2. *Konrad Vogel* und Mit. über die «Renaissance» des Lehrberufs (Nr. 263). Eröffnet 21. 11. 2000, erh. 3. 7. 01

Der Planungsbericht mit den eingeleiteten und geplanten Massnahmen zur Renaissance des Lehrberufs ist ausgearbeitet und wird im Verlauf dieses Jahres an den Grossen Rat weitergeleitet.



3. *Gabi Müller* und Mit. über die Abschaffung der Altersgrenze 30 für Ausbildungsbeiträge (Nr. 544). Eröffnet 20.11.2001, erh. 25. 6. 2002

Das Anliegen wurde im neuen Stipendiengesetz, das per 1.8.2003 in Kraft tritt, berücksichtigt. Es ist keine Altersgrenze mehr enthalten. Wir beantragen, die Motion abzuschreiben.

4. *Louis Schelbert* und Mit. über den Einbezug des Grossen Rates in der (Vor-)Schulfrage «Basisstufe» (Nr. 477). Eröffnet 11. 9. 01, erh. 2. 7. 02

Nach Abschluss des Vorhabens «Schule in Diskussion» wird der Planungsbericht zur Schulentwicklung nach 2005 erstellt. Darin wird auch die Basisstufe dargestellt.

---

## Postulate

1. *Ruth Keller* und Mit. über die Förderung von unterstützenden Tagesstrukturen für Familien mit Kindern in der Volksschule (Nr. 209). Eröffnet 23.10.2000, erh. 13. 2. 01

Die Frage der unterstützenden Tagesstrukturen wird im Vorhaben «Schule in Diskussion» breit diskutiert. Allfällige Konsequenzen werden im Planungsbericht über die Schulentwicklung nach 2005 dargestellt.

2. *Margrit Hurschler* und Mit. über die Erweiterung der Kompetenz in deutscher Sprache an der Volksschule (Nr. 310). Eröffnet 13. 2. 01, erh. 2. 7. 01

Nach Vorliegen der von der Schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz in Auftrag gegebenen Ergänzungsberichte zur PISA-Auswertung werden die konkreten Beschlüsse zur Verbesserung der Kompetenz in der Sprache Deutsch gefasst.

3. *Hans Ulrich Bühler* und Mit. über die Beurteilung der Schüler mit Noten (Nr. 170). Eröffnet als Motion 4. 7. 2000, erh. als Postulat 11. 9. 01

Nach Abschluss des Vorhabens «Schule in Diskussion» kann der Entscheid getroffen werden, auf welchen Stufen der Primarschule Ganzheitliches Beurteilen und Fördern allgemein eingeführt werden soll.

4. *Ruth Keller* und Mit. über die Einführung von GBF an der 1.–3. Klasse und Noten ab der 4. Klasse der Primarschule (Nr. 414). Eröffnet als Motion 26. 6. 01, erh. als Postulat 11. 9. 01

Nach Abschluss des Vorhabens «Schule in Diskussion» kann der Entscheid getroffen werden, auf welchen Stufen der Primarschule Ganzheitliches Beurteilen und Fördern allgemein eingeführt werden soll.

5. *Ida Glanzmann* und Mit. über die Errichtung eines Instituts für Judikative an der Universität Luzern (Nr. 463). Eröffnet 10. 9. 01, erh. 22.1.02

Das Postulat wurde unter der Prämisse erheblich erklärt, dass die Universität im Rahmen ihres Budgets einen Kredit für die Durchführung einer Machbarkeitsstudie bereitstellt. Die Fakultät III für Rechtswissenschaft hat daraufhin eine Projektgruppe eingesetzt, die externe Fachleute mit der Abklärung bestimmter Bedingungen für die Errichtung eines Instituts für Judikative beauftragt hat. Die Studie wird in zwei Teilen durchgeführt. Sollte sich nach der ersten Etappe zeigen, dass die Voraussetzungen für ein Institut nicht erfüllt sind, wird der zweite Teil nicht mehr durchgeführt.

6. *Margrit Hurschler* und Mit. über eine Neukonzeption der Diplommittelschule (DMS) (Nr. 373). Eröffnet 8. 5. 2001, erh. 5. 3. 2002

In Kürze wird die EDK ein neues Anerkennungsreglement für die Diplommittelschulen verabschieden. Die Vorarbeiten für die Umsetzung in der Zentralschweiz sind im Gange. Die Realisierung der neuen Angebote als Berufsfachschule bzw. als Fachmittelschule ist auf das Schuljahr 2004/05 vorgesehen. Wir beantragen, das Postulat abzuschreiben.

7. *Bernadette Lichtsteiner* und Mit. über die Entlastung von Familien mit mehreren Kindern in Ausbildung im neuen Stipendiengesetz des Kantons Luzern (Nr. 649). Eröffnet 27. 5. 2002, erh. 25. 6. 2002

Im neuen Stipendiengesetz werden Familien mit Kindern stärker entlastet als bisher. Das Anliegen wird auch in der Verordnung zum Stipendiengesetz gebührend berücksichtigt. Wir beantragen, das Postulat abzuschreiben.

---

8. *Ruth Keller* und Mit. über die Elternmitwirkung an der Volksschule (Nr. 511). Eröffnet als Motion 23.10.01, teilw. erh. als Postulat 2.7.02

Die Überprüfung der gesetzlichen Mitwirkungsrechte und -pflichten der Erziehungsberechtigten erfolgt im Rahmen der Evaluation des Gesetzes über die Volksschulbildung.

9. *Karl M. Ronner* und Mit. über die interkantonale Zusammenarbeit in Sachen Landwirtschaftliche Bildungs- und Beratungszentren (Nr. 602). Eröffnet: 5.3.2002, erh. 10.9.2002

Es bestehen regelmässige Kontakte zu den Zentralschweizer Kantonen. Teilweise werden auch gemeinsame Angebote realisiert. Durch die Schliessung von Landwirtschaftlichen Bildungszentren in den angrenzenden Kantonen Aargau und Bern ist nur ein geringer Schüler-Zuwachs zu erwarten. Wir beantragen, das Postulat abzuschreiben.

10. *Karl M. Ronner* und Mit. über die Vermittlung des Stoffs Ganzheitliches Beurteilen und Fördern in der Lehrerbildung (Nr. 603). Eröffnet 5.3.02, erh. 10.9.02

An den Seminaren Hitzkirch und Luzern wird ein zusätzliches Zeitgefäss von zwei Ausbildungstagen für die Vermittlung der Inhalte von Ganzheitlich Beurteilen und Fördern eingesetzt. Damit kann die praxisbezogene Einführung der jungen Lehrpersonen nach Abschluss der Ausbildung deutlich reduziert werden. Wir beantragen, das Postulat abzuschreiben.

11. *Anton Kunz* und Mit. über die Kostenexplosion im Bildungswesen in den Gemeinden (Nr. 540). Eröffnet als Motion 21.11.01, teilw. erh. als Postulat 29.10.02

Eine erste Auswertung der Kostenentwicklung in einer Anzahl von Gemeinden ist durchgeführt worden. Das entsprechende Instrumentarium kann nun überprüft und ergänzt werden. Wir beantragen, das Postulat abzuschreiben.

12. *Margrit Steinhauser* und Mit. über einen statistischen Grundlagenbericht zur Entwicklung der Schülerschaft und der Schulräumlichkeiten auf der Sekundar- und Mittelschulstufe in den nächsten Jahren (Nr. 614). Eröffnet als Motion 23.4.02, erh. als Postulat 29.10.02

Für die Bearbeitung der Schulbaufragen im Gymnasialbereich wird das statistische Material laufend aufgearbeitet und ergänzt. Ebenso wird für die Sekundarstufe I das Zahlenmaterial laufend aktualisiert und bei Entscheiden berücksichtigt. Wir beantragen, das Postulat abzuschreiben.

## Finanzdepartement

### Motionen

1. *Paul Steiner* und Mit. über eine Revision des Finanzhaushaltsgesetzes (Nr. 258). Eröffnet 3.12.1996, erh. 1.7.1997

Mit Botschaft B 73 vom 29. September 2000 haben Sie eine Teilrevision des Finanzhaushaltsgesetzes zur Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung beschlossen. Eine weitere Teilrevision des Finanzhaushaltsgesetzes planen wir im Zusammenhang mit der Überarbeitung des Finanzhaushaltsrechts für die Gemeinden. Die Vorbereitungsarbeiten für diese Revision sind im Gange. Wir werden die Vernehmlassung zur Totalrevision der Gemeindefinanzaufsicht voraussichtlich im Verlaufe des Jahres 2003 durchführen können. Das revidierte Finanzhaushaltsrecht für die Gemeinden soll am 1. Januar 2005 in Kraft treten. In der Folge werden wir auch den weiteren Revisionsbedarf im kantonalen Finanzhaushaltsrecht prüfen.

2. *Louis Schelbert* und Mit. über die Vergütungen in staatlichen Kommissionen (Nr. 475). Eröffnet 3.2.1998, erh. 29.11.1999

Im Anhang 6 der Besoldungsverordnung vom 24. September 2002 haben wir die Vergütungen für staatliche Kommissionen umfassend neu geregelt. Gehört die Kommissionstätigkeit zum Aufgabenbereich der oder des Angestellten, gilt die Teilnahme als Arbeitszeit und es besteht kein Anspruch auf eine Vergütung. Auch die Entschädigungen der Kommissionen des Obergerichts sind neu gemäss Anhang 6 der Besoldungsverordnung vom 24. September 2002 auszurichten. Das Anliegen der Motionäre ist damit erfüllt. Wir beantragen Ihnen, die Motion abzuschreiben.

3. *Anton Kunz* und Mit. über die Senkung der Staatssteuer ab der Steuerperiode 2002–2003 (Nr. 219). Eröffnet 23.10.2000, teilw. erh. 13.2.2001

Sie haben den Staatssteuerfuss für das Jahr 2002 von 1,90 auf 1,85 Einheiten gesenkt. Für das Jahr 2003 haben Sie eine weitere Steuersenkung von 3/20 Einheiten beschlossen. Der Staatssteuerfuss liegt neu bei 1,7 Einheiten. Das Motionsanliegen ist damit erfüllt. Wir beantragen Ihnen, die Motion abzuschreiben.

4. *Ruth Keller* und Mit. über eine Änderung des Grundauftrags und der Gesamtzielsetzung des Lehrmittelverlags (Nr. 505). Eröffnet 23.10.2001, teilw. erh. 5.3.2002

Den neu gefassten Leistungsauftrag des Lehrmittelverlages haben Sie mit dem Budget 2003 genehmigt. Er lautet wie folgt: Der Lehrmittelverlag versorgt die Schulen mit Lehrmitteln und Unterrichtsmaterialien. Im Auftrag des Bildungsdepartementes oder der Interkantonalen Lehrmittelzentrale entwickelt und produziert er nach betriebswirtschaftlichen Kriterien neue Lehrmittel im Eigenverlag. Die Drucksachen- und Materialzentrale versorgt als zentrale Einkaufsstelle die Dienststellen mit den betriebsnotwendigen Materialien und berät diese in der Herstellung von Drucksachen. Damit erfüllen wir die Zielsetzungen der Motionäre. Wir beantragen Ihnen, das Postulat abzuschreiben.

5. *Leo Müller* und Mit. über Sparmassnahmen im eigenen Bereich und im interkantonalen Bereich (Nr. 619). Eröffnet 23.4.2002, erh. 28.10.2002

Sie haben uns bei der Behandlung des integrierten Finanz- und Aufgabenplans 2003–2007 den Auftrag erteilt, den integrierten Finanz- und Aufgabenplan bezüglich Selbstfinanzierungsgrad, Investitionen und Personalaufwand finanzzeitbldkonform zu gestalten. Mit der Realisierung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) wollen wir unser Steuerniveau schrittweise auf das gesamtschweizerische Mittel senken. Im Sinne der Motion haben wir eine Überprüfung der Leistungsaufträge der Dienststellen eingeleitet. Ebenfalls im Sinne der Motion haben wir die erfolglos verlaufenen Verhandlungen über die neue Finanzierungsträgerschaft für das Kinderspital Luzern eingestellt. Zudem haben wir Verhandlungen mit umliegenden Kantonen für eine bessere Abgeltung der Zentrumsbelastungen im Kulturbereich aufgenommen.

6. *Hans Peter Pfister* und Mit. über eine finanzwirksame Aufgabenreform (Nr. 738). Eröffnet 10.9.2002, erh. 28.10.2002

Wir verweisen auf unsere Ausführungen zur Motion *Leo Müller* und Mit. (Nr. 619). Wir haben die Überprüfung der Leistungsaufträge der Dienststellen im Sinne einer strategischen Aufgabenüberprüfung in Auftrag gegeben. Erste Resultate werden in das Budget 2004 und den IFAP 2004–2008 einfließen.

---

## Postulate

1. *Marcel Johann* und Mit. über die Straffung statistischer Erhebungen durch Bund und Kanton (Nr. 247). Eröffnet 2.12.1996, teilw. erh. 1.7.1997

Wir haben Ihnen in Aussicht gestellt, das teilweise erheblich erklärte Anliegen im Rahmen der geplanten Schaffung eines kantonalen Statistikgesetzes zu prüfen. Es geht um die Frage, ob Aufgaben des Amtes für Statistik an privatwirtschaftliche Institutionen übertragen werden können oder ob das Amt für Statistik als selbstständige Körperschaft zu führen sei. Bis Ende 2001 hat eine Arbeitsgruppe der Konferenz der regionalen statistischen Ämter der Schweiz KORSTAT ein Musterstatistikgesetz erarbeitet. Wir haben die Arbeiten für ein Statistikgesetz des Kantons Luzern in Angriff genommen.

2. *Rosemarie Stocker* und Mit. über die Eliminierung von Nebenbeschäftigungen besonders bei Magistratspersonen und bei kantonalen Angestellten des höheren und mittleren Kaders (Nr. 436). Eröffnet als Motion 25.11.1997, erh. als Postulat 29.11.1999

Regelung für die Angestellten: Die Bestimmungen über die Nebenbeschäftigung wurden im Rahmen der Totalrevision des Personalrechtes gemäss § 53 des neuen Personalgesetzes vom 24. Juni 2001 (Botschaft B 72 vom 19. September 2000) in der Personalverordnung vom 24. September 2002 (§§ 47–50) neu gefasst. In der neuen Personalverordnung haben wir ausdrücklich festgelegt, dass eine Nebenbeschäftigung untersagt ist, die zusammen mit der Anstellung beim Gemeinwesen ein Ausmass erreicht, das ein Vollamt wesentlich überschreitet (§ 47 lit. d). Die neue Personalverordnung ist mit dem Personalgesetz am 1. Januar 2003 in Kraft getreten.

Regelung für die Magistratspersonen: Die Behördenmitglieder (Mitglieder der Regierung, des Ober- und Verwaltungsgerichtes) dürfen grundsätzlich keine andere Erwerbstätigkeit ausüben (§ 3 Abs. 1 Behördengesetz). Ausnahmen: 1. Wenn die Mitgliedschaft eines Behördenmitgliedes in einer Verwaltung, Geschäftsleitung oder Kontroll-

---

stelle einer privatrechtlichen Unternehmung im öffentlichen Interesse liegt, kann der Regierungsrat eine Ermächtigung erteilen, er meldet diese Fälle der Aufsichts- und Kontrollkommission (AKK) des Grossen Rates (§ 4 Behördengesetz). 2. Das Gesamtgericht kann hauptamtlichen Richterinnen und Richtern eine Nebenbeschäftigung bewilligen. Es informiert die Aufsichts- und Kontrollkommission des Grossen Rates (§ 5 Abs. 2 Gesetz über die Organisation des Verwaltungsgerichts, § 2<sup>bis</sup> Abs. 2 Gesetz über die Gerichtsorganisation). Unzulässig sind Tätigkeiten z. B. als Anwalt, Treuhänder, Sachwalter, Notar oder Mitarbeiter in der kantonalen Verwaltung (§ 2<sup>bis</sup> Abs. 3 Gesetz über die Gerichtsorganisation; § 5 Abs. 3 Gesetz über die Organisation des Verwaltungsgerichts).

Wir beantragen Ihnen die Abschreibung des Postulates.

3. *Hans Lustenberger* namens der Geschäftsprüfungskommission über die Regelung der Nebenbeschäftigungen des Staatspersonals, der Lehrpersonen und der Magistratspersonen (Nr. 648). Eröffnet als Motion 15. 3. 1999, erh. als Postulat 29.11.1999 Die Bestimmungen über die Nebenbeschäftigung wurden im Rahmen der Totalrevision des Personalrechtes gemäss § 53 des neuen Personalgesetzes vom 24. Juni 2001 (Botschaft B 72 vom 19. September 2000) in der Personalverordnung vom 24. September 2002 (§§ 47–50) neu gefasst. Insbesondere haben wir ausdrücklich festgelegt, dass eine Nebenbeschäftigung untersagt ist, die zusammen mit der Anstellung beim Gemeinwesen ein Ausmass erreicht, das ein Vollamt wesentlich überschreitet (§ 47 lit. d). Die neue Personalverordnung ist mit dem Personalgesetz am 1. Januar 2003 in Kraft getreten. Wir beantragen Ihnen die Abschreibung des Postulates.

4. *Marcel Roth* und Mit. über eine dringend notwendige Verbesserung der Dienstleistungserbringung durch die Kantonale Steuerverwaltung (Nr. 239). Eröffnet als Motion 20.11.2000, teilw. erh. als Postulat 2. 7. 2001

Die Kantonale Steuerverwaltung hat im Jahr 2002 das Ziel, ihre Aufgaben kundenfreundlich, kompetent und zeitgerecht zu erfüllen, mit geeigneten Massnahmen erfolgreich weiterverfolgt. Die Einführung des neuen, auf den 1. Januar 2001 totalrevidierten Steuergesetzes mit dem Übergang zur einjährigen Veranlagung haben wir so gestaltet, dass die Steuerzahler/-innen die neue Steuerordnung möglichst positiv erfahren, obwohl jedes Jahr eine Steuererklärung ausgefüllt werden muss. Stichworte dazu: Klare, benutzerfreundliche, zeitgerechte Information für Steuerzahlerinnen, Steuervertreter und Medien, Aufbau der nötigen Sachkompetenz beim Personal der Steuerverwaltung und der Gemeindesteuerämter, nochmals verbessertes Donw-load-Programm auf unserer Internet-Seite für das Ausfüllen der Steuererklärung am PC und entsprechende CD, gut besuchte Info-Veranstaltungen für Steuervertreter. Von den Steuerzahler/-innen wird der attraktive Steuerbezug mit Vorauszahlungszins sehr geschätzt. Für typisierte Härtefälle wurde ein vereinfachtes Steuererlassverfahren eingeführt (siehe Postulat 498 hiernach).

Bereits im ersten Jahr haben wir eine wesentliche Beschleunigung des Veranlagungsverfahrens erreicht: Rund 80 Prozent der Steuerzahler/-innen (ohne Stadt Luzern) erhielten 2002 die definitive Steuerrechnung für das Jahr 2001.

Gute Marketing-Instrumente sind nach wie vor unsere ständig aktualisierte, vielbeachtete Internet-Seite [www.steuernluzern.ch](http://www.steuernluzern.ch) mit dem Steuerkalkulationsprogramm sowie das im Internet (gratis abrufbare) und auf Papier laufend aktualisierte Steuerbuch in 6 Bänden.

Die weitere Verbesserung des Steuerklimas hängt neben diesen erfolgreichen Marketing-Massnahmen in erster Linie davon ab, wie weit es auf der politischen Ebene gelingt, die Unterschiede in der Steuerbelastung zu den Nachbarkantonen zu verringern (siehe dazu Finanzleitbild). Wir beantragen Ihnen, das Postulat abzuschreiben.

5. *Prisca Birrer* und Mit. über eine stärkere steuerliche Entlastung von Steuerpflichtigen mit kleinem Einkommen durch eine Tarifanpassung im unteren Segment (Nr. 498). Eröffnet als Motion 22.10.2001, erh. als Postulat 23.10.2001

Die Steuerverwaltung hat als Sofortmassnahme bis zur nächsten Teilrevision des Steuergesetzes mögliche Härtefälle typisiert und für diese ein vereinfachtes Steuererlassverfahren festgelegt. Bei den typisierten Fällen brauchen die Betroffenen kein Erlassgesuch zu stellen. Der vollständige oder teilweise Erlass wird im Veranlagungsverfahren automatisch gewährt (§ 200 Abs. 2 Steuergesetz). Mittels Merkblätter werden die betroffenen Gruppen von den Gemeindesteuerämtern informiert.

6. *Josef Huber* und Mit. über eine Anpassung der untersten Einkommenssteuertarife mit Wirkung auf die Steuern 2001 mit dem Zweck einer humaneren Besteuerung von Rentnerinnen und Rentnern (Nr. 502). Eröffnet als Motion 22.10.2001, erh. als Postulat 23.10.2001

Wir verweisen auf die Ausführungen zum Postulat Nr. 498 Priska Birrer und Mit. Über die erwähnten Sofortmassnahmen im Bereich des Steuererlasses hinaus werden wir das Anliegen bei der nächsten Teilrevision des Steuergesetzes aufnehmen.

7. *Rico De Bona* und Mit. über die Anpassung des Steuergesetzes betreffend die Progression bei den unteren Einkommen (Nr. 428). Eröffnet 2. 7. 2001, erh. 23. 10. 2001

Wir verweisen auf die Ausführungen zum Postulat Nr. 498 Priska Birrer und Mit. über die erwähnten Sofortmassnahmen im Bereich des Steuererlasses hinaus werden wir das Anliegen bei der nächsten Teilrevision des Steuergesetzes aufnehmen.

8. *Christoph Lengwiler* über Massnahmen zur Sicherstellung einer kostengünstigen Finanzierung der Luzerner Gemeinden (Nr. 177). Eröffnet 11. 9. 2000, teilw. erh. 20. 11. 2001 (in Verbindung mit dem Justiz-, Gemeinde- und Kulturdepartement)

Die Sicherstellung einer kostengünstigen Finanzierung der Luzerner Gemeinden ist uns wichtig. Die Finanzierungssituation der Gemeinden hat in den letzten Jahren zu Besorgnis Anlass gegeben, insbesondere wegen der Fälle Leukerbad und Zermatt sowie wegen der Krise bei der Emissionszentrale der Schweizer Gemeinden (ESG). Die Situation bei der ESG hat sich zwischenzeitlich entscheidend verbessert. Eine Grossbank beteiligt sich massgeblich am Kapital der ESG und die ESG ist wieder in der Lage, für die Gemeinden Kredite aufzunehmen, wobei sie die Risiken mit einem Versicherungssystem separat abdeckt. Die ESG wird bei der Kreditgewährung an die Gemeinden auch gewisse Differenzierungen je nach der Bonität vornehmen. Mit dem neuen Finanzausgleich werden die Finanzausgleichsgemeinden teilweise entschuldet. Damit werden ihre Voraussetzungen auf dem Kapitalmarkt verbessert. Die Arbeiten für eine Totalrevision des Finanzhaushaltsrechts für die Gemeinden laufen plangemäss. Mit dieser Totalrevision soll insbesondere auch das Aufsichtsrecht des Kantons über die Gemeinden neu geregelt werden. Dabei schenken wir der Kreditfähigkeit der Gemeinden besondere Beachtung. Das neue Finanzhaushaltsrecht für die Gemeinden soll auf den 1. Januar 2005 in Kraft gesetzt werden können.

9. *Otto Elmiger* und Mit. über den Verkauf von Wertschriften aus dem Portefeuille des Verwaltungsvermögens (Nr. 223). Eröffnet 24. 10. 2000, teilw. erh. 20. 11. 2001

Das Wirtschaftsdepartement befasst sich mit dem Verkauf nicht mehr benötigter Beteiligungen an Unternehmen. Wie in der Antwort auf das Postulat dargelegt, ist aber bei im Verwaltungsvermögen bilanzierten Wertschriften vorab eine Entwidmung und Umbuchung ins Finanzvermögen vorzunehmen. Diejenige Instanz, welche die Unternehmensbeteiligung beim Kauf der Wertschriften als Staatsaufgabe bezeichnet hat, muss feststellen, dass eine weitere Beteiligung des Staates aus heutiger Sicht nicht mehr notwendig erscheint. Nach erfolgter Umbuchung kann unser Rat den Verkauf vornehmen (vgl. Botschaft B 42 vom 22. Februar 2000 zum Verkauf der Aktien der Rottal Auto AG). Die Abklärungen im Zusammenhang mit der CKW-Beteiligung des Kantons Luzern sind noch im Gange. Der Strommarkt ist im Umbruch. Eine stabile Situation ist noch nicht auszumachen. Eine Privatisierung des Strommarktes ist, das haben ausländische Beispiele gezeigt, mit vielfältigen Fragen behaftet. Es wird Sache Ihres Rates sein, die Entwidmung dieser Beteiligung zu beschliessen. Der Verkauf der CKW-Beteiligung kann jedoch nicht zu einem beliebigen Preis erfolgen. Das Aktienpaket muss der CKW zu Händen der übrigen Aktionäre zum durchschnittlichen Handelspreis der dem Verkauf vorangehenden vier Wochen angeboten werden.

10. *Louis Schelbert* und Mit. über die Errichtung eines zentralen Steuerregisters innerhalb der kantonalen Verwaltung (Nr. 445). Eröffnet als Motion 3. 7. 2001, teilw. erh. als Postulat 20. 11. 2001

An unserer Auffassung, wie wir sie bei der Beantwortung des Vorstosses zum Ausdruck brachten und im Staatsverwaltungsbericht 2000/01 (S. 178 f.) bekräftigten, hat sich nichts geändert. Das Zusammenführen von Steuerdaten der Gemeinden ist im Rahmen des Projektes «Datenpool» frühestens ab Steuerperiode 2003 geplant. Damit wäre technisch ein Zusammenführen der Gemeinderegister im Datenpool an sich möglich. Darauf basierend könnten die Steuerdaten grundsätzlich auch für die Information über den Anspruch auf Prämienverbilligung verwendet werden. Auf 2003 ist der Start des Datenaustausches mit einigen grösseren Gemeinden angesetzt. Bis alle Gemeinden angeschlossen sind, wird es noch Jahre dauern. Erst dannzumal wird – wie früher schon dargelegt – abzuwägen sein, in welchem Kosten/Nutzen-Verhältnis eine so zusammengeführte Datensammlung steht. Es ist nicht auszuschliessen, dass die grossen Aufwendungen für eine zentrale Datensammlung in einer dezentral ausgerichteten Organisation den beschränkten Nutzen eines Projekts für die Auskunft zum Zwecke der Prämienverbilligungen bei weitem übersteigen. Die für dieses Vorhaben notwendigen rechtlichen Grundlagen werden von einer Arbeitsgruppe erarbeitet.



11. *Marcel Roth* und Mit. über die Einführung einer Staats- und Fiskalquotenbremse im Kanton Luzern (Nr. 556). Eröffnet als Motion 21.1.2002, teilw. erh. als Postulat 27.5.2002.

Im Sinne unseres Finanzleitbildes arbeiten wir konsequent an einer Senkung der Steuerbelastung im Kanton Luzern, einem Abbau der Verschuldung sowie einer Steigerung der Effizienz der Verwaltung. Bei einer konsequenten Umsetzung der Ziele des Finanzleitbildes werden die mit dem Postulat anvisierten Ergebnisse erreicht. Wir möchten vorläufig davon absehen, eine Staats- und Fiskalquotenbremse in die Verfassung oder in die Gesetzgebung einzubauen. Solche Mechanismen lassen sich nicht schlüssig definieren, weil die Parameter nicht genau messbar sind.

12. *Hans Peter Pfister* und Mit. über die Erfassung der kommunalen Belastungen im Bereich Strassen (Nr. 548). Eröffnet 21.11.2001, teilw. erh. 2.7.2002

Im Zusammenhang mit der Totalrevision des Finanzhaushaltrechts für die Gemeinden ist die Einführung einer Kostenrechnung für die Gemeinden vorgesehen. Dabei sind einheitliche Berechnungsfaktoren vorzugeben. Gemäss unserer Planung kann das neue Finanzhaushaltrecht für die Gemeinden auf den 1. Januar 2005 in Kraft treten, wobei den Gemeinden für die Umstellung ihrer Finanzhaushaltführung auf die Kostenrechnung eine Übergangsfrist von vier Jahren eingeräumt werden soll. Die Kostenrechnung über die kommunalen Belastungen im Bereich Strassen wird somit erst 2009 flächendeckend zur Verfügung stehen.

13. *Hans Walther* und Mit. über die Einhaltung des Finanzleitbildes (Nr. 617). Eröffnet 23.4.2002, erh. 1.7.2002

Im Sinne des Postulats arbeiten wir konsequent an der Umsetzung unseres Finanzleitbildes. Mit der Behandlung des IFAP 2003–2007 in Ihrem Rat haben Sie die finanzpolitischen Schwerpunkte festgelegt: Bei den Investitionen, beim Selbstfinanzierungsgrad und beim Personalaufwand sind Korrekturen erforderlich. Wir werden Ihnen die Resultate dieser Massnahmen im Zusammenhang mit dem Staatsvoranschlag 2004 sowie dem IFAP 2004–2008 unterbreiten.

14. *Heidy Lang* und Mit. über eine echte Wirkungsanalyse der Staatsbeiträge (Nr. 555). Eröffnet 21.1.2002, erh. 29.10.2002

Das Postulat verlangt, dass im Staatsbeitragsbericht nebst den bisherigen Kriterien folgende Aspekte miteinbezogen werden: 1. Effektive Wirkung beim Empfänger, 2. Folge bei Nichtgewähren, 3. Politische Gründe, die für die Gewährung sprechen, 4. Effizienz der Abwicklung, 5. Verhältnis zwischen Grössenordnung und administrativem Aufwand. Diesen Anliegen sind wir mit dem Staatsbeitragsbericht 2001 (B 126 vom 19. April 2002) nachgekommen. Wir werden diese Anliegen auch in den künftigen Staatsbeitragsberichten berücksichtigen. Wir beantragen, das Postulat abzuschreiben.

15. *Lotti Stadelmann* und Mit. über die Verwendung der ausserordentlichen Nationalbankgewinne im Kanton Luzern (Nr. 677). Eröffnet als Motion 24.6.2002, teilw. erh. als Postulat 29.10.2002

Die erwähnten 35 Millionen Franken sind in dem von Ihnen beschlossenen Budget 2003 enthalten. Die Gewinnausschüttung ist wie die allgemeinen Steuereinnahmen nicht für besondere Zwecke bestimmt. Der Grosse Rat legt im Rahmen seiner Kompetenzen in seinem alljährlichen Beschluss zum Budget fest, für welche Aufgaben die Mittel verwendet werden sollen.

Neben den höheren Erträgen bei den Staatssteuern ermöglichten die höheren Ausschüttungen der Nationalbank eine markante Senkung der Staatssteuern um 3/20 Einheiten im Budget 2003.

Die in der Motion erwähnten familienpolitischen Anliegen sollen anlässlich der nächsten Revision des Steuergesetzes behandelt werden. In welche Richtung die Reform der Familienbesteuerung geht, wird der Eidgenössische Gesetzgeber in den nächsten Monaten festlegen. Im Anschluss daran wird der Kanton Luzern sein Steuergesetz anpassen. Vorgängig sind in einer steuerpolitischen Diskussion die hängigen Vorstösse aus Ihrem Rat zu behandeln. Dort werden Sie ein erstes Mal Ihre Akzente setzen können.

16. *Odilo Abgottspon* über die Schaffung von gesetzlichen Grundlagen für die Abgeltung von zentralörtlichen Leistungen des Kantons Luzern (Nr. 703). Eröffnet 2.7.2002, erh. 29.10.2002

Die Rechtsgrundlagen für die Abgeltung von zentralörtlichen Leistungen sind in erster Linie im Bundesrecht zu schaffen. Die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgaben zwischen Bund und Kantonen (NFA) sehen solche Instrumente vor. Die Kantone möchten im Sinne einer «Verfassung» für die interkantonale Zusammenarbeit eine Rahmenvereinbarung (es handelt sich dabei um ein Konkordat) abschliessen. Wir wer-

den diese Rahmenvereinbarung Ihrem Rat zuleiten, sobald die notwendigen Grundlagen im Bundesrecht vorhanden sind. Wir erwarten, dass wir bereits vor Inkrafttreten der NFA in einzelnen Bereichen (u. a. Kultur) höhere Abgeltungen umliegender Kantone werden erhältlich machen können.

17. *Franz Wüest* und Mit. über die Behandlung steuerrelevanter Vorstösse (Nr. 615). Eröffnet 23. 4. 2002, teilw. erh. 26. 11. 2002

An unseren Ausführungen hat sich seit der Beantwortung am 24. September 2002 nichts geändert. Der Bund hat mit dem Steuerharmonisierungsgesetz Vorgaben gemacht, die die Kantone zwingend beachten müssen. Bevor die eidgenössischen Räte insbesondere in der Familienbesteuerung und der Wohneigentumsbesteuerung die Weichen gestellt haben, müssen die Kantone mit weiteren Steuergesetzrevisionen warten. Die aus dem Änderungen im Bundesrecht resultierenden Steuerausfälle werden in ein Gesamtkonzept für die nächste kantonale Steuerrechtsrevision einfließen. Daher können wir im Moment keine wichtigen steuerpolitischen Vorstösse beantworten. Den Steuerzahler/-innen erwachsen daraus keine Nachteile, haben Sie doch 2002 die Staatssteuern um  $\frac{1}{20}$  Einheit gesenkt. Auf 2003 haben Sie den Staatssteuerfuss nochmals um  $\frac{3}{20}$  Einheiten reduziert.

18. *Albert Vitali* und Mit. über die Prüfung von andern Räumlichkeiten für das Amtsgericht und für das Regierungsstatthalteramt des Amtes Sursee (Nr. 663). Eröffnet 28. 5. 2002, erh. 26. 11. 2002

Wir haben der Liegenschaftsverwaltung den Auftrag erteilt, zusammen mit der Stadt Sursee, dem Hochbauamt, dem Justiz-, Gemeinde und Kulturdepartement und dem Obergericht Standortevaluationen vorzunehmen und konkrete Vorschläge einschliesslich der Kostenpräsentation auszuarbeiten. Miteinbezogen in diese Abklärungen werden auch die Räumlichkeiten des Grundbuchamtes Sursee.

## Gesundheits- und Sozialdepartement

### Motionen

1. *Anita von Arx* namens der Spitalkommission über eine Dislokation des Hygienisch-mikrobiologischen Instituts des Kantonsspitals Luzern (Nr. 733). Eröffnet 24. 10. 94, erh. 12. 9. 95

Der Regierungsrat hat dem Bau- und Verkehrsdepartement den Auftrag erteilt, einen Neubau zu planen.

2. *Martin Schällebaum* namens der erweiterten Finanzkommission über eine Änderung des Sozialhilfegesetzes (Nr. 547). Eröffnet 22. 6. 98, erh. 22. 6. 98

Per 1. 1. 2003 wurde das Sozialhilfegesetz geändert. Die Gemeinden sind neu selbst für die Kosten der wirtschaftlichen Sozialhilfe verantwortlich, die Kostenersatzpflicht des Kantons entfällt. Mit dem per 1. Januar 2001 aufgenommenen Lastenausgleich im Sozialhilfegesetz werden Gemeinden mit Beiträgen aus einem Pool entlastet, sofern ihre Sozialhilfelasten im Durchschnitt der zwei vorangehenden Jahre über dem kantonalen Durchschnitt lagen. Zudem fallen die Kosten für einen Aufenthalt in einer kantonalen stationären Therapie- und Rehabilitationsinstitution im Suchtbereich seit dem 1. 1. 2003 neu unter das Heimfinanzierungsgesetz. Bezüglich bürgerrechtlicher Stellung ist das Finanzierungsmodell innerkantonal und interkantonal bündig mit dem Bundesgesetz über die Zuständigkeit für die Unterstützung Bedürftiger. Damit sind alle Forderungen dieser Motion erfüllt. Wir beantragen daher, die Motion abzuschreiben.

3. *Hans Lustenberger* namens der GPK über die Änderung der §§ 4 und 63 des Gesetzes über das Gesundheitswesen (Nr. 607). Eröffnet 23. 11. 98, erh. 24. 11. 98  
Wir werden das Anliegen im Rahmen der Revision Gesundheitsgesetz prüfen.

4. *Marcel Johann* namens der GASK über eine Verankerung der Praktikumsplätze im Gesundheitsgesetz (Nr. 111). Eröffnet 28. 3. 2000, erh. 8. 5. 2000

Wir werden das Anliegen im Rahmen der Revision Gesundheitsgesetz prüfen. Dabei ist auch die neue Bildungssystematik zu berücksichtigen.

5. *Hans Lustenberger* und Mit. über das Leistungsangebot im Gesundheitswesen des Kantons Luzern (Nr. 270). Eröffnet 21.11.2000, erh. 2.7.01

Wie schon in unserer Antwort vom 13. März 2001 ausgeführt, erachten wir die Forderungen als Daueraufgabe und bereits weitgehend erfüllt. Die einzelnen Anliegen werden in der aktuellen Spitalplanung wieder eingehend geprüft werden.

6. *Eva Zihlmann* und Mit. über einen Planungsbericht für eine kantonale Spitalplanung (Nr. 359). Eröffnet 27.3.01, erh. 20.11.01

Eine Planung wurde bereits in Auftrag gegeben.

7. *Louis Schelbert* und Mit. über eine Standesinitiative für eine Neuordnung der Familienzulagen (Nr. 228). Eröffnet 24.10.2000, erh. 22.1.02

Wir haben Ihrem Rat eine Botschaft zu einer Standesinitiative für eine Neuordnung der Familienzulagen zugeleitet. Wir beantragen daher, die Motion abzuschreiben.

8. *Eva Zihlmann* und Mit. über die Ausrichtung des Wartgeldes an die frei praktizierenden Luzerner Hebammen ab dem Jahr 2002 (Nr. 448). Eröffnet 3.7.01, erh. 28.1.02

Sie haben in Ihrem Rat eine Änderung des Gesundheitsgesetzes zur Einführung des Hebammenwartgeldes beschlossen. Wir beantragen daher, die Motion abzuschreiben.

9. *Beatrice Grüter* und Mit. über die Revision des Schulzahnpflegegesetzes (Nr. 399). Eröffnet 25.6.01, erh. 5.3.02 (in Verbindung mit dem Bildungsdepartement)

Wir beabsichtigen, die Regelung der Schulzahnpflege ins revidierte Gesundheitsgesetz zu überführen.

10. *Gaby Müller* und Mit. über die Anpassung der Mutterschaftsbeihilfe an die SKOS-Richtlinien (Nr. 221). Eröffnet 24.10.2000, erh. 26.11.02

Mit der Revision von § 34 der Sozialhilfeverordnung auf den 1. Januar 2002 haben wir das Anliegen der Motion erfüllt. Wir beantragen daher, die Motion abzuschreiben.

## Postulate

1. *Ruedi Ott* und Mit. über die Errichtung einer Kinder- und Jugendpsychiatrischen Beobachtungs- und Therapiestation (KJPBT) (Nr. 159). Eröffnet 18.6.96, teilw. erh. 2.12.97 (in Verbindung mit dem Bildungsdepartement)

Dem Anliegen wird mit der im September 2002 neu eröffneten psychiatrischen Jugendtherapiestation weitgehend entsprochen. Für kinderpsychiatrische Anliegen wurde das Angebot punktuell verbessert. Ein Projekt für eine kinderpsychiatrische Therapiestation läuft zurzeit.

2. *Marianne Moser* und Mit. über eine Sozialplanung im Kanton Luzern (Nr. 420). Eröffnet als Motion 21.10.97, erh. als Postulat 27.1.98

Das Postulat befasst sich mit der Frage der Sozialstatistik als Grundlage für eine Sozialplanung. Am 11. Dezember 2001 haben wir mit Beschluss Nr. 1757 einer Leistungsvereinbarung mit dem Bundesamt für Statistik betreffend Einführung der für alle Kantone einheitlichen Sozialhilfestatistik im Kanton Luzern zugestimmt. Die Datenerhebung hat für die Luzerner Gemeinden Mitte 2002 begonnen. Wir beantragen daher, das Postulat abzuschreiben.

3. *Otto Elmiger* und Mit. über die Änderung des Gesetzes über die Familienzulagen bezüglich des Umfangs der Anspruchsberechtigung der im Ausland wohnhaften Kinder (Nr. 467). Eröffnet als Motion 27.1.98, erh. als Postulat 26.10.98

Als Folge der bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU und der neuen Ausländergesetzgebung (2-Kreis-Modell) hat die Zahl jener Arbeitnehmer, für welche eine solche Regelung (Kaufkraftbereinigung von Kinderzulagen) zur Anwendung kommen könnte, stark abgenommen. Bei der Kantonalen Familienausgleichskasse des Kantons Luzern (FAK) hätte sich die Frage der Kürzung im Jahre 2002 nur noch bei rund 1,6 Prozent der Kinder gestellt. Eine solche Regelung würde aber nicht nur bei der FAK, sondern auch bei den Arbeitgebern, insbesondere bei den KMU, zusätzliche Abklärungsarbeiten verursachen. Da die Bedeutung einer solchen Gesetzesbestimmung wegen der Ausländerregelung jedoch weiterhin abnehmen dürfte und aus Gründen der Verhältnismässigkeit haben wir auf die Einleitung einer Gesetzesänderung verzichtet. Wir beantragen daher, das Postulat abzuschreiben.

4. *Franz Mattmann* und Mit. über eine Änderung des Gesundheitsgesetzes (Publikation der Bewilligung zur Berufsausübung als Medizinalperson) (Nr. 584). Eröffnet als Motion 8.9.98, erh. als Postulat 21.6.99

Wir werden das Anliegen im Rahmen der Revision Gesundheitsgesetz prüfen.



5. *Albert Vitali* und Mit. über die Änderung von § 20 des Prämienverbilligungsgesetzes (Nr. 616). Eröffnet als Motion 24.11.98, erh. als Postulat 14.9.99

Wir prüfen das Anliegen dieses Postulats im Rahmen der eingeleiteten Revision des Prämienverbilligungsgesetzes.

6. *Vreni Moser* und Mit. über die Änderung des Prämienverbilligungsgesetzes (Nr. 14). Eröffnet als Motion 22.6.99, erh. als Postulat 14.9.99

Wir prüfen das Anliegen dieses Postulats im Rahmen der eingeleiteten Revision des Prämienverbilligungsgesetzes.

7. *Albert Vitali* und Mit. über eine Strukturanalyse über die Aufgaben und die Kostenaufteilung im Sozialbereich (Nr. 540). Eröffnet als Motion 12.5.98, erh. als Postulat 26.10.99

Im Zusammenhang mit dem Projekt Gemeindereform 2000+, Aufgabenreform, befasst sich der Untersuchungsbereich 3 (Projekt Soziales und gesellschaftliche Integration) mit der Aufgabenzuteilung zwischen dem Kanton und den Gemeinden.

8. *Vreni Moser* und Mit. über die Festschreibung eines Familienartikels in der neuen Verfassung des Kantons Luzern (Nr. 15). Eröffnet als Motion 22.6.99, erh. als Postulat 26.10.99 (in Verbindung mit dem Justiz-, Gemeinde- und Kulturdepartement)

Das Anliegen soll im Rahmen der Revision der Staatsverfassung behandelt werden.

9. *Ruth Keller* und Mit. über die Lösung der Parkplatzprobleme am Kantonsspital Luzern (Nr. 45). Eröffnet als Motion 25.10.99, erh. als Postulat 9.5.2000 (in Verbindung mit dem Bau- und Verkehrsdepartement)

Die Errichtung eines Parkplatzes bei der Nordzufahrt Kantonsspital (Friedentalstrasse) ist geplant. Mit dem Bau wird im Frühjahr 2003 begonnen. Wir beantragen daher, das Postulat abzuschreiben.

10. *Rico De Bona* und Mit. über die Erstellung von PW-Parkplätzen beim Kantonsspital Luzern (Nr. 50). Eröffnet 26.10.99, erh. 9.5.2000 (in Verbindung mit dem Bau- und Verkehrsdepartement)

Die Errichtung eines Parkplatzes bei der Nordzufahrt Kantonsspital (Friedentalstrasse) ist geplant. Mit dem Bau wird im Frühjahr 2003 begonnen. Wir beantragen daher, das Postulat abzuschreiben.

11. *Rico De Bona* über die Prüfung eines degressiven Modells bei der Anspruchsberechtigung der Prämienverbilligung (Nr. 75). Eröffnet 17.1.2000, teilw. erh. 9.5.2000

Wir werden das Anliegen dieses Postulats bei der eingeleiteten Revision des Prämienverbilligungsgesetzes unter Berücksichtigung der Ergebnisse der laufenden Revision des KVG überprüfen.

12. *Eva Zihlmann* und Mit. über die Verbilligung der Krankenkassenprämien ab dem Jahr 2001 (Nr. 123). Eröffnet als Motion 28.3.2000, erh. als Postulat 9.5.2000

Das KVG schreibt die Verbilligung der Prämien von Personen in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen vor. Da dieses Sozialziel mit einer bloss 50-prozentigen Ausschöpfung der Bundesbeiträge nicht mehr erreicht werden kann, beanspruchen wir bereits mehr als 50 Prozent der Bundesbeiträge. Wir beantragen daher, das Postulat abzuschreiben.

13. *Gerhard Klein* und Mit. über die Teilprivatisierung von Instituten an den kantonalen Spitälern (Nr. 91). Eröffnet 18.1.2000, erh. 12.9.2000

Im Zusammenhang mit Sanierungen und Kostenoptimierungen werden regelmässig alle in Frage kommenden Varianten geprüft. Dazu gehören auch Privatisierungen und Outsourcingvarianten. Wenn sich diese als vorteilhafter erweisen, werden sie auch verwirklicht. So wurde beispielsweise die Zentralsterilisation an einen externen, privaten Anbieter vergeben. Im Rahmen der Revision Gesundheitsgesetz wird auch die rechtliche Verselbständigung der Spitäler und Kliniken geprüft. Wir beantragen daher, das Postulat abzuschreiben.

14. *Gerhard Klein* und Mit. über die Führung einer detaillierten Kostenrechnung für die ambulante Medizin in allen kantonalen Spitälern (Nr. 258). Eröffnet 21.11.2000, erh. 2.7.2001

In der Beantwortung haben wir aufgezeigt, dass es derzeit genügen muss, wenn der ambulante Ertrag anstelle des nicht gerechneten Aufwandes angenommen wird. Das Ziel, auch für die ambulant erbrachten Leistungen eine detaillierte Kostenrechnung einzuführen, gilt aber nach wie vor.

15. *Vreni Moser* und Mit. über die Errichtung einer Fachstelle für Familienfragen (Nr. 349). Eröffnet 27. 3. 01, erh. 11. 9. 01

Wir haben im Jahr 2002 ein Rahmenkonzept für eine Stelle für Familienfragen erstellen lassen und werden im ersten Halbjahr 2003 über die Schaffung der verlangten Stelle beim Kantonalen Sozialamt befinden.

16. *Vreni Moser* und Mit. über die Einführung von Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien (sog. «Tessiner Modell») (Nr. 237). Eröffnet 24. 10. 2000, erh. 22. 1. 02

Wir betrachten eine kantonale Lösung, die wesentlich von den Systemen der Nachbarkantone abweicht, in dieser komplexen Frage als falsch. Mit der Ihrem Rat zugeleiteten Botschaft zu einer Standesinitiative im Sinne der Motion 228 haben wir uns für eine einheitliche Bundeslösung eingesetzt. Wir beantragen daher, das Postulat abzuschreiben.

17. *Prisca Birrer* und Mit. über die Einführung von Ergänzungsleistungen für Familien in knappen finanziellen Verhältnissen (Nr. 265). Eröffnet als Motion 21. 11. 2000, erh. als Postulat 22. 1. 02

Wir betrachten eine kantonale Lösung, die wesentlich von den Systemen der Nachbarkantone abweicht, in dieser komplexen Frage als falsch. Mit der Ihrem Rat zugeleiteten Botschaft zu einer Standesinitiative im Sinne der Motion 228 haben wir uns für eine einheitliche Bundeslösung eingesetzt. Wir beantragen daher, das Postulat abzuschreiben.

18. *Rosa Rumi* und Mit. über die Sicherung der Qualität in der familienergänzenden Kinderbetreuung (Nr. 410). Eröffnet 25. 6. 01, teilw. erh. 22. 1. 02

Die familienergänzende Kinderbetreuung ist eine Aufgabe, die in den Zuständigkeitsbereich der Gemeinden fällt. Auf unsere Intervention hin hat der Verband der Sozialvorsteher des Kantons Luzern (SVL) Richtlinien ausgearbeitet, welche wir auch für die Beurteilung der Gesuche um einen Bundesbeitrag an die Anschubfinanzierung für Einrichtungen der familienergänzenden Kinderbetreuung anzuwenden gedenken. Wir beantragen daher, das Postulat abzuschreiben.

19. *Margrit Steinhauser* und Mit. über ein Zentrum für eine geriatrische Kurzzeitrehabilitation (Nr. 285). Eröffnet als Motion 15. 1. 01, erh. als Postulat 22. 1. 02

Im Zusammenhang mit dem Bundesratsentscheid betreffend Luzerner Spitalliste hat eine Arbeitsgruppe ein Grobkonzept für die Rehabilitation im Kanton Luzern erstellt. Die Ergebnisse fliessen nun in die laufende Pflegeheimplanung und die beabsichtigte Versorgungsplanung/Spitalplanung ein. Die Anliegen des Postulats werden somit im Rahmen dieser Planungen eingehend geprüft werden.

20. *Elisabeth Schubiger* und Mit. über die Erarbeitung eines umfassenden Massnahmenkonzepts zu jetzigen und zukünftigen Bedürfnissen der älteren Generation im Bereich von Medizin und Pflege (Nr. 299). Eröffnet als Motion 16. 1. 01, erh. als Postulat 28. 1. 02

Im Zusammenhang mit dem Bundesratsentscheid betreffend Luzerner Spitalliste hat eine Arbeitsgruppe ein Grobkonzept für die Rehabilitation im Kanton Luzern erstellt. Das Konzept fliesst nun in die laufende Pflegeheimplanung und die beabsichtigte Versorgungsplanung/Spitalplanung ein. Die Anliegen des Postulates sollen im Rahmen dieser Planung geprüft werden.

21. *Marlise Stöckli* und Mit. über den Übertritt vom Akutspital ins Pflegeheim (Nr. 400). Eröffnet 25. 6. 01, erh. 22. 1. 02

Im Jahr 2002 hat das Gesundheits- und Sozialdepartement in einer Arbeitsgruppe kurzfristige Massnahmen zusammen mit der Stadt, Agglomeration, dem Sozialvorsteherverband Kanton Luzern, der Luzerner Altersheimleiterkonferenz und den öffentlichen Spitälern und Kliniken erörtert. Nachhaltig wirksame Massnahmen werden im Rahmen der laufenden Pflegeheimplanung geprüft.

22. *Eva Zihlmann* und Mit. über einen Wechsel beim Antragssystem für den Bezug von Prämienverbilligungen (Nr. 442). Eröffnet als Motion 3. 7. 01, erh. als Postulat 5. 3. 02

Wir werden das Anliegen dieses Postulats bei der eingeleiteten Revision des Prämienverbilligungsgesetzes unter Berücksichtigung der Ergebnisse der laufenden Revision des KVG überprüfen.

23. *Ruth Fuchs* und Mit. über die Errichtung von stationären kinder- und jugendpsychiatrischen Einrichtungen (Nr. 398). Eröffnet 25. 6. 01, erh. 27. 5. 02

Im letzten Jahr konnte die jugendpsychiatrische Therapiestation in Kriens ihren Betrieb aufnehmen. Eine Arbeitsgruppe prüft zurzeit die Errichtung einer kinderpsychiatrischen Therapiestation.

24. *Rosa Rumi* und Mit. über den Verzicht auf die Festlegung eines Eingabetermins für den Antrag auf Prämienverbilligung (Nr. 443). Eröffnet 3. 7. 01, erh. 27. 5. 02

Wir werden das Anliegen dieses Postulats bei der eingeleiteten Revision des Prämienverbilligungsgesetzes unter Berücksichtigung der Ergebnisse der laufenden Revision des KVG überprüfen.

25. *Bernadette Schaller* und Mit. über die Aufnahme eines Artikels über die palliative Medizin, Pflege und Begleitung im neuen Gesundheitsgesetz (Nr. 538). Eröffnet als Motion 21. 11. 01, erh. als Postulat 28. 5. 02

Das Anliegen wird im Zusammenhang mit der Revision Gesundheitsgesetz geprüft.

26. *Hans Peter Pfister* und Mit. über eine effiziente Koordination im Asylbereich (Nr. 678). Eröffnet 24. 6. 02, teilw. erh. 1. 7. 02 (in Verbindung mit dem Wirtschaftsdepartement)

Das Postulat wurde in dem Sinne teilweise erheblich erklärt, dass verwaltungsintern ein Runder Tisch zu den Vollzugsproblemen im Asylwesen in Aussicht gestellt wurde. Dieser Runde Tisch wurde in der Folge einberufen. Beteiligt waren das Wirtschaftsdepartement, das Sicherheitsdepartement und das Gesundheits- und Sozialdepartement. Alle beteiligten Stellen haben minutiös die möglichen Schwachstellen in der Organisation des Vollzugs des Asylwesens analysiert (Gesetze, Zusammenarbeit der beteiligten Stellen usw.). Im Anschluss an den Runden Tisch haben wir eine Reihe von Massnahmen beschlossen, mit welchen den Problemen, die eine kleine Minderheit von Asylsuchenden im Kanton Luzern verursacht, begegnet werden kann. Damit wurde dem Postulat vollumfänglich entsprochen. Wir beantragen daher, das Postulat abzuschreiben.

27. *Ruedi Schmidiger* und Mit. über die Verordnung über den Geschäftskreis des Sanitätsrates und des Kantonsarztes (Nr. 357). Eröffnet als Motion 27. 3. 01, teilw. erh. als Postulat 1. 7. 02

Wir werden das Anliegen im Rahmen der Revision Gesundheitsgesetz prüfen.

28. *Albert Vitali* und Mit. über eine einheitliche Handhabung bei der Verwandtenunterstützung (Nr. 483). Eröffnet 11. 9. 01, erh. 1. 7. 02

In der ersten Nachlieferung zum Luzerner Handbuch zu den SKOS-Richtlinien vom Juni 2002 ist ein Kapitel zur Verwandtenunterstützung in Form eines Leitfadens für die Abklärungen der Verwandtenunterstützungspflicht im Kanton Luzern aufgenommen worden. Damit ist das Anliegen des Postulats erfüllt. Wir beantragen daher, das Postulat abzuschreiben.

29. *Marcel Johann* und Mit. über die Einführung einer Kostenstellen-, Kostenarten- und Kostenträgerrechnung in den öffentlichen Spitälern des Kantons Luzern (Nr. 393). Eröffnet als Motion 25. 6. 01, erh. als Postulat 1. 7. 02

Die Spitäler und Kliniken setzen die Bundesverordnung über die Kostenermittlung und Leistungserfassung in den Pflegeheimen und Spitälern in der Krankenversicherung (VKL) um. Die öffentlichen Spitäler des Kantons Luzern verfügen im schweizerischen Vergleich bereits heute über eine gute Kostenrechnung.

30. *Margret Müller* und Mit. über die Schaffung einer Fachstelle für Schuldenberatung und Schuldensanierung (Nr. 419). Eröffnet 26. 6. 01, erh. 29. 10. 02

Wir haben dem Verein Fachstelle für Schuldenfragen für die Jahre 2003 bis 2005 einen jährlichen Beitrag an die Kosten der Schuldenberatungsstelle zugesichert mit den Auflagen, dass sich die Gemeinden ebenfalls an den Kosten beteiligen, dass eine Evaluation durchgeführt wird und dass der Verein dem Gesundheits- und Sozialdepartement jährlich Bericht erstattet. Wir beantragen daher, das Postulat abzuschreiben.

31. *Pia Maria Brugger* und Mit. über eine finanzielle Offensive im Bereich familienergänzende Betreuungsplätze (Nr. 372). Eröffnet 8. 5. 01, teilw. erh. 26. 11. 02

Das Kantonale Sozialamt ist als Anlaufstelle in Fragen der familienergänzenden Kinderbetreuung bezeichnet. Es wird die an das Bundesamt für Sozialversicherung zu richtenden Beitragsgesuche im Auftrag des Bundes begutachtet. Im Informations-Magazin 4/2002 des Kantonalen Sozialamtes, welches an alle Gemeinden versandt wird,

wurde erstmals über diese Anschubfinanzierung orientiert. Das Kantonale Sozialamt wird die Gemeinden weiterhin auf dem Laufenden halten. Wir beantragen daher, das Postulat abzuschreiben.

32. *Lotti Stadelmann* und Mit. über die familienergänzenden Betreuungseinrichtungen für Kinder im Schul- und Vorschulalter (Nr. 376). Eröffnet als Motion 8. 5. 01, erh. als Postulat 26. 11. 02

Die familienergänzende Kinderbetreuung ist im Teilprojekt der Gemeindereform 2000+, Aufgabenreform: Umsetzungsbereich «Soziales und gesellschaftliche Integration» aufgenommen und wird dort bearbeitet. Im Anschluss daran werden wir überprüfen, ob neue gesetzliche Bestimmungen zu erlassen sind.

33. *Herbert Widmer* und Mit. über ein modernes Konzept für den Sanitätsnotruf und den Rettungsdienst des Kantons Luzern (Nr. 417). Eröffnet als Motion 26. 6. 01, erh. als Postulat 26. 11. 02

Die Anliegen des Postulats sollen in der beabsichtigten Versorgungsplanung/Spitalplanung eingehender geprüft werden.

34. *Bernhard Achermann* namens der JSK über die Organisation der IV-Stelle Luzern (Nr. 589). Eröffnet 4. 3. 02, teilw. erh. 26. 11. 02

Da das Postulat erst am Ende der Berichtsperiode überwiesen wurde, konnte es noch nicht erfüllt werden.

## Justiz-, Gemeinde- und Kulturdepartement

### Motionen

1. *Anita von Arx* und Mit. über ein Konzept für eine verstärkte regionale und interkantonale Zusammenarbeit (Nr. 391). Eröffnet 16. 9. 97, teilw. erh. 29. 6. 98 (in Verbindung mit dem Finanzdepartement)

Die Erarbeitung des im letzten Staatsverwaltungsberichts in Aussicht gestellten Planungsberichts hat sich weiter verzögert, weil andere Geschäfte, wie beispielsweise die Departementsreform prioritär behandelt werden mussten. Der Planungsbericht soll dem Grossen Rat noch in der laufenden Legislatur vorgelegt werden.

2. *Adrian Borgula* und Mit. über einen Planungsbericht über Projekte interkantonalen Zusammenarbeit (Nr. 392). Eröffnet 16. 9. 97, teilw. erh. 29. 6. 98 (in Verbindung mit dem Finanzdepartement)

Der Vorstoss betrifft das gleiche Thema wie die Motion Nr. 391, von Arx und Mit. Wir verweisen auf die dortigen Ausführungen.

3. *Peter Brunner* und Mit. über eine Änderung von § 2 Absatz 4 des Gesetzes über die Gerichtsorganisation (Nr. 300). Eröffnet 16. 1. 2001, erh. 2. 7. 2001

Das Anliegen der Motion zielt darauf ab, dem Obergericht für die Veränderung von Richterpensen – bei gleich bleibendem Stellenplan – mehr Handlungsspielraum einzuräumen. Die dazu notwendige Teilrevision des Gerichtsorganisationsgesetzes haben wir Ihnen mit unserer Botschaft B 143 am 27. August 2002 zugeleitet. Wir beantragen, den Vorstoss abzuschreiben.

4. *Beatrice Grüter*, namens der GPK über eine Änderung der Informationsrechte der künftigen Aufsichts- und Kontrollkommission (Nr. 432). Eröffnet 2. 7. 2001, erh. 22. 1. 2002

Das Anliegen der Motion zielt darauf ab, der Aufsichts- und Kontrollkommission mehr Informationsmöglichkeiten zu verschaffen. Wir haben dem Anliegen in einer Teilrevision des Gesetzes über die Organisation und Geschäftsführung des Grossen Rates Rechnung getragen. Den Entwurf dazu haben wir Ihnen mit Botschaft B 130 am 22. Juni 2002 zugeleitet. Das Anliegen ist erfüllt, wir beantragen, den Vorstoss abzuschreiben.

5. *Martin Müller* und Mit. über die Streichung des Gesetzes über das Arbeitsgericht (Nr. 465). Eröffnet 10. 9. 2001, erh. 22. 1. 2002

Der Vorstoss verlangt im Wesentlichen die Zulassung der anwaltlichen Vertretung vor dem Arbeitsgericht. Die erforderlichen gesetzlichen Änderungen sind ausgearbeitet, und am 12. November 2002 wurde dazu das Vernehmlassungsverfahren eröffnet. Das Vernehmlassungsverfahren ist noch im Gang.

6. *Gaby Müller* und Mit. über eine rechtliche Grundlage für registrierte Partnerschaften von homosexuellen Paaren (Nr. 486). Eröffnet 11. 9. 2001, teilw. erh. 5. 3. 2002

Das Begehren zielt darauf ab, eine Botschaft für ein Gesetz über die rechtliche Besserstellung gleichgeschlechtlicher Paare auszuarbeiten. Der Bundesrat hat am 29. November 2002 die Botschaft zum Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare verabschiedet und den Eidgenössischen Räten zugeleitet. Auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Bundesgesetzes hin werden wir Anpassungen im luzernischen Recht vornehmen, soweit dann auf kantonaler Ebene überhaupt noch Anpassungs- und Ergänzungsbedarf besteht.

7. *Beat Felder* und Mit. über die Erstellung eines Katasters für schützenswerte Objekte (Nr. 724). Eröffnet 9. 9. 2002, erh. 10. 9. 2002

Der Vorstoss verlangt die Erstellung eines Inventars für schützenswerte Objekte. Wir haben bereits im Sommer 2002 mit einem Pilotprojekt für ein solches Inventar begonnen. Den entsprechenden Budgetkredit haben Sie mit dem Budget 2003 bewilligt. Nach Abschluss des Pilotversuchs, der in vier Gemeinden angelaufen ist, wollen wir die gesetzlichen Grundlagen für die flächendeckende Einführung eines solchen Inventars schaffen. Die Ergebnisse des Pilotprojekts werden für die allenfalls notwendige Gesetzesrevision wichtige Hinweise liefern. Einen Revisionsentwurf werden wir nicht vor 2004 vorlegen können.

8. *Beat Ineichen* und Mit. über eine Änderung des Gemeindegesetzes im Zusammenhang mit allfälligen Fusionen (Nr. 686). Eröffnet 25. 6. 2002, teilw. erh. 26. 11. 2002

Das Anliegen zielt darauf ab, Gemeindefusionen während der Amtsdauer der Gemeinderäte zu ermöglichen oder zumindest unnötige Hürden abzubauen. Wir haben das Anliegen aufgenommen und wollen mit einer Teilrevision des Gemeindegesetzes die notwendigen Gesetzesänderungen vornehmen. Das Vernehmlassungsverfahren wurde im Dezember 2002 eröffnet.

---

## Postulate

1. *Hanspeter Widmer* und Mit. über eine Änderung der Staatsverfassung (aktives und passives Wahlrecht für niedergelassene Ausländer und Ausländerinnen) (Nr. 187). Eröffnet als Motion 19. 4. 1988, erh. als Postulat 23. 10. 1990

Die Frage des Ausländerstimmrechts wird zurzeit im Rahmen der Verfassungsarbeiten intensiv diskutiert.

2. *Martin Ulrich* und Mit. über die Errichtung der Institution eines Ombudsmannes für den Kanton Luzern (Nr. 552). Eröffnet 20. 3. 90, erh. 11. 3. 1991

Wir haben dieses Anliegen der Verfassungskommission zur weiteren Bearbeitung übertragen.

3. *Peter Germann* und Mit. über die Änderung des Gesetzes über die Rechtsstellung der obersten Verwaltungs- und Gerichtsbehörden vom 17. 11. 1970 (Behörden-gesetz) (Nr. 623). Eröffnet 2. 7. 1990, erh. 11. 3. 1991

Auch dieses Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

4. *Kuno Kälin* und Mit. über die Änderung von § 45 Abs. 1 der Staatsverfassung (Verteilung der Grossratsmandate) (Nr. 743). Eröffnet als Motion 25. 10. 1994, teilw. erh. als Postulat 12. 9. 1995

Auch dieses Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

5. *Beatris Stadler* und Mit. über die Schaffung eines Vorschlagsrechts für die Gemeinden (Gemeindemotion) (Nr. 9). Eröffnet als Motion 27. 6. 1995, erh. als Postulat 12. 09. 1995

Auch dieses Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

---

6. *Louis Schelbert* und Mit. über die Schaffung einer neuen politischen Regionalstruktur (Nr. 54). Eröffnet als Motion 24. 10. 1995, erh. als Postulat 28. 11. 1995

Die Frage einer allfälligen neuen politischen Regionalstruktur des Kantons hat Verfassungscharakter und ist sinnvollerweise im Rahmen einer Totalrevision zu diskutieren. Eine vertiefte Diskussion findet zwangsläufig auch im Rahmen der bevorstehenden Totalrevision des Gemeindegesetzes statt. Beide Revisionsvorhaben sind mittlerweile eingeleitet worden. Für konkrete Ergebnisse ist es noch zu früh.

7. *Heidi Rothen* über die Schaffung einer kantonalen Jugendkonferenz (Nr. 738). Eröffnet 25. 10. 1994, erh. 30. 1. 1996

Das Anliegen fand Eingang in die Diskussionen um die Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden und wird im Teilprojekt Aufgabenteilung Kultur weiter bearbeitet. Mit konkreten Ergebnissen ist nicht vor dem Jahr 2005 zu rechnen.

8. *Rudolf Amrein* (Malters) über eine Änderung der Gebührenregelung (Nr. 32). Eröffnet als Motion 23. 10. 1995, erh. als Postulat 3. 12. 1996

Im Staatsverwaltungsbericht 2000/01 haben wir beantragt, den Vorstoss abzuschreiben. Sie haben diesen Antrag abgelehnt. Seither hatten wir noch keine Gelegenheit, das Anliegen weiter zu bearbeiten.

9. *Heidi Lang* und Mit. über eine Änderung von § 23 Grundbuchgesetz (Nr. 135). Eröffnet als Motion 21. 5. 1996, erh. als Postulat 3. 12. 1996

Das eidgenössische Fusionsgesetz ist noch nicht verabschiedet. Die Anpassung kantonalen Erlasses als Folge dieses Gesetzes haben wir noch nicht an die Hand genommen.

10. *Alex Bruckert* und Mit. über verkraftbare Grundbuchgebühren (Nr. 139). Eröffnet als Motion 21. 5. 1996, erh. als Postulat 3. 12. 1996

Das Anliegen zielt in die gleiche Richtung wie dasjenige des Postulats Nr. 135 (Heidi Lang). Wir verweisen auf die Ausführungen in Ziffer 9.

11. *Martin Schällebaum* und Mit. über einen Rechenschaftsbericht zur Kosten- und Qualitätskontrolle an den kantonalen Rechtsinstanzen (Nr. 127). Eröffnet als Motion 25. 03. 1996, erh. als Postulat 13. 5. 1997 (in Verbindung mit dem Finanzdepartement)

Das Projekt LOG ist noch nicht abgeschlossen, weshalb wir Ihnen auch noch keine Lösungsvorschläge unterbreiten können.

12. *Odilo Abgottspon* und Mit. über neue Formen der interkantonalen Zusammenarbeit (Nr. 482). Eröffnet als Motion 3. 2. 98, erh. als Postulat 29. 6. 98

Der Vorstoss betrifft das gleiche Thema wie die Motion Nr. 391, von Arx und Mit. Wir verweisen auf die dortigen Ausführungen und beantragen Ihnen, das Postulat abzuschreiben.

13. *Odilo Abgottspon* und Mit. über die parlamentarische Mitwirkung bei der interkantonalen Zusammenarbeit von Amtsstellen (Nr. 483). Eröffnet als Motion 26. 1. 98, erh. als Postulat 29. 6. 98

Der Vorstoss betrifft das gleiche Thema wie die Motion Nr. 391, von Arx und Mit. Wir verweisen auf die dortigen Ausführungen.

14. *Adrian Borgula* und Mit. über die künftige Ausgestaltung der interkantonalen Zusammenarbeit (Nr. 572). Eröffnet als Motion 30. 6. 98, erh. als Postulat 1. 2. 99

Der Vorstoss betrifft das gleiche Thema wie die Motion Nr. 391, von Arx und Mit. Wir verweisen auf die dortigen Ausführungen.

15. *Christoph Lengwiler* und Mit. über den Verzicht auf Doppelwahl bei chargierten Mitgliedern von Gemeindebehörden (Nr. 182). Eröffnet als Motion 16. 9. 96, teilw. erh. als Postulat 22. 3. 99

Auch dieses Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

16. *Rosie Bitterli Mucha* und Mit. über umfassende Information der Bürgerinnen und Bürger des Kantons Luzern (Nr. 143). Eröffnet als Motion 21. 5. 96, erh. als Postulat 26. 10. 99

Auch dieses Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.



17. *Rosie Bitterli Mucha* und Mit. über eine Konkretisierung von § 96 der Staatsverfassung bei deren Totalrevision (Nr. 144). Eröffnet als Motion 21. 5. 96, erh. als Postulat 26. 10. 99

Auch dieses Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

18. *Rosie Bitterli Mucha* und Mit. über die Schaffung eines konstruktiven Referendums (Nr. 145). Eröffnet als Motion 21. 5. 96, erh. als Postulat 26. 10. 99

Auch dieses Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

19. *Marianne Kneubühler* und Mit. über eine Verlängerung der Amtsdauer der Behörden im Kanton Luzern (Nr. 635). Eröffnet als Motion 26. 1. 99, erh. als Postulat 26. 10. 99

Auch dieses Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

20. *Hans Frank* und Mit. über die Bildung einer interparlamentarischen Kommission der Kantone der Zentralschweiz (Nr. 636). Eröffnet als Motion 26. 1. 99, erh. als Postulat 26. 10. 99

Das Anliegen betrifft die interkantonale Zusammenarbeit und gehört damit in den gleichen Zusammenhang wie der Vorstoss Nr. 391, Anita von Arx und Mit. Wir verweisen auf die dortigen Ausführungen.

21. *Hans Frank* und Mit. über eine Neueinteilung der Wahlkreise (Nr. 670). Eröffnet 23. 3. 99, erh. 26. 10. 99

Auch dieses Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

22. *Louis Schelbert* und Mit. über mehr Mitsprache des Parlaments bei interkantonalen Konkordaten (Nr. 36). Eröffnet als Motion 14. 9. 1999, erh. als Postulat 9. 5. 2000

Der Vorstoss betrifft das gleiche Thema wie die Motion Nr. 391, von Arx und Mit. Wir verweisen auf die dortigen Ausführungen.

23. *Vreni Moser* und Mit. über eine gesetzliche Grundlage für regionale Zusammenarbeit in der neuen Staatsverfassung (Nr. 100). Eröffnet als Motion 15. 2. 2000, erh. als Postulat 6. 6. 2000

Auch dieses Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

24. *Josef Schärli* über eine Änderung des Stimmrechtsgesetzes (Nr. 140). Eröffnet als Motion 9. 5. 2000, erh. als Postulat 4. 7. 2000

Der Vorstoss zielt in die gleiche Richtung und gehört deshalb in den gleichen Zusammenhang wie die Motion Nr. 182, Christoph Lengwiler. Wir verweisen auf die Ausführungen unter Ziffer 15.

25. *Rico De Bona* und Mit. über die Überprüfung des Wahlsystems für Gemeinderätinnen/Gemeinderäte gemäss § 92 des Stimmrechtsgesetzes (Nr. 144). Eröffnet als Motion 9. 5. 2000, erh. als Postulat 4. 7. 2000

Der Vorstoss zielt in die gleiche Richtung und gehört deshalb in den gleichen Zusammenhang wie die Motion Nr. 182, Christoph Lengwiler. Wir verweisen auf die Ausführungen unter Ziffer 15.

26. *Rico De Bona* und Mit. über die Schaffung von Rechtsgrundlagen für die Teilnahme an kantonalen Wahlen und Abstimmungen per Internet (Nr. 136). Eröffnet 8. 5. 2000, erh. 12. 9. 2000

An unserer bisherigen Haltung hat sich nichts geändert. Insbesondere sind die hängigen Fragen auf Bundesebene noch nicht geklärt.

27. *Louis Schelbert* und Mit. über die Ausweitung der Wahlkompetenzen des Grossen Rates (Nr. 247). Eröffnet als Motion 21. 11. 2000, erh. als Postulat 8. 5. 2001

Auch dieses Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

28. *Gaby Müller* und Mit. über die Vernehmlassung des Kantons Luzern für eine schweizerische Strafprozessordnung und eine schweizerische Zivilprozessordnung (Nr. 375). Eröffnet 8. 5. 01, erh. 5. 3. 02 (in Verbindung mit dem Sicherheitsdepartement)

Wir haben uns im Vernehmlassungsverfahren für eine einheitliche schweizerische Strafprozessordnung ausgesprochen. Zum Entwurf einer schweizerischen Zivilprozessordnung konnten wir noch nicht Stellung nehmen. Nach der Planung des Bundes soll dazu das Vernehmlassungsverfahren im Sommer 2003 eröffnet werden.

29. *Albert Vitali* und Mit. über die Entwicklung der offenen Debitoren bei den Gerichten (Nr. 421). Eröffnet 26. 6. 01, erh. 5. 3. 02

Mit den in den Jahren 2001 und 2002 vorgenommenen Abschreibungen in der Gröszenordnung von rund 3 Mio. Franken und den gemäss Absprache zwischen Obergericht/Sicherheitsdepartement ab Budget 2003 vom Sicherheitsdepartement zentral zu bewirtschaftenden Haftkosten wird der Abschreibungsbedarf des Obergerichts für uneinbringliche Forderungen wesentlich geringer ausfallen. Die unbefriedigende Situation, welche Anlass zum Vorstoss gegeben hat, ist damit zum grössten Teil behoben. Wir beantragen, den Vorstoss abzuschreiben.

30. *Margrit Steinhauser* und Mit. über einen Planungsbericht betreffend Kunstbesitz des Kantons (Nr. 423). Eröffnet al Motion 2. 7. 01, erh. als Postulat 27. 5. 02

Die Arbeiten für die Übertragung des bisherigen Inventars auf EDV sowie die Entwicklung neuer konzeptioneller Grundlagen für die Kunstsammlungstätigkeit des Kantons sind eingeleitet worden.

31. *Heidi Rothen* und Mit. über ein Konzept zur Museumsförderung im Kanton Luzern (Nr. 478). Eröffnet 11. 9. 01, erh. 27. 5. 02

Die Arbeiten am Gemeindereform- bzw. Aufgabenteilungsprojekt und damit auch die Überprüfung und allfällige Neuformulierung der Zuständigkeiten und Aufgaben für die Kultur- und Museumsförderung werden nach der Genehmigung des Projektbeschriebs «Aufgabenteilung Kultur» im Frühjahr 2003 konkret aufgenommen.

32. *Felix Müri* und Mit. über die Einführung der Amtsenthebung (Nr. 577). Eröffnet als Motion 28. 1. 02, erh. als Postulat 28. 5. 02

Das Anliegen des Vorstosses haben wir der Verfassungskommission weitergeleitet, die es aufnehmen und in die Diskussion um die Verfassungsrevision aufnehmen wird.

33. *Albert Vitali* und Mit. über die Aufnahme der ehemaligen Ofenfabrik Sursee in das kantonale Denkmalverzeichnis und die Überbauung des entsprechenden Areals (Nr. 722). Eröffnet 9. 9. 02, erh. 10. 9. 02

Wir haben das Anliegen geprüft und sind zu keinem anderen Schluss gekommen als das Justiz-, Gemeinde- und Kulturdepartement, welches in der Sache bereits vor der Behandlung des Vorstosses im Grossen Rat entschieden hat. In der Zwischenzeit haben wir mit dem Stadtrat von Sursee und mit der Investorin Gespräche geführt. Gestützt darauf sind wir zuversichtlich, dass Lösungen gefunden werden können, die für alle Beteiligten befriedigend sind. Wir beantragen, den Vorstoss abzuschreiben.

34. *Beat Felder* und Mit. über die geplante Überbauung auf dem Gelände der Therna AG in Sursee (Nr. 723). Eröffnet 9. 9. 02, erh. 10. 9. 02

Seit der Unterschutzstellung des Verwaltungsgebäudes der alten Ofenfabrik haben wir mit dem Stadtrat von Sursee und mit der Investorin Gespräche geführt. Gestützt darauf sind wir zuversichtlich, dass Lösungen gefunden werden können, die für alle Beteiligten befriedigend sind. Wir beantragen, den Vorstoss abzuschreiben.

35. *Karl M. Ronner* und Mit. über den Amtsantritt von Grossratspräsidium und Schultheiss (Nr. 662). Eröffnet 28. 5. 02, erh. 29. 10. 02

Auch dieses Anliegen wird von der Verfassungskommission aufgenommen und diskutiert.

36. *Beatrice Grüter* namens der AKK über die Umsetzung der Departementsreform (Nr. 778). Eröffnet 25. 11. 02, erh. 26. 11. 02

Das Anliegen des Vorstosses zielt darauf ab, im Rahmen der laufenden Departementsreform die Zusammenlegung von Dienststellen mit einer ähnlichen Thematik zu prüfen. Wir werden uns dem Begehren im Rahmen der zweiten Phase der Departementsreform widmen, welche am 1. Juli 2003 beginnt und bis spätestens am 31. Dezember 2004 abgeschlossen sein muss.

37. *Marianne Kneubühler* und Mit. über eine Änderung des Gemeindegesetzes im Bereich Organisation und Verfahren bei der Rechnungskommission (Nr. 638). Eröffnet als Motion 23. 4. 02, erh. als Postulat 26. 11. 02

Das Anliegen des Vorstosses wird in den laufenden Arbeiten für die Totalrevision des Gemeindegesetzes geprüft. Das Vernehmlassungsverfahren zu dieser Revision werden wir im Verlauf des Jahres 2003 eröffnen.



## Sicherheitsdepartement

### Motionen

1. *Marcel Johann* und Mit. über die Revision von § 1 Absatz 2 des Ruhetags- und Laderschlussgesetzes/Anpassung an neue Angebotsformen und Kundenbedürfnisse (Nr. 200). Eröffnet 23.10.2000, teilw. erh. 27.3.01

Die Vorlage zur Änderung von § 1 RLG wird im Frühjahr 2003 dem Grossen Rat zugeleitet.

2. *Walter Häcki* und Mit. über die Einführung eines Vermummungsverbots (Nr. 268). Eröffnet 21.11.2000, erh. 11.9.01

Die Vorlage zur Änderung des Übertretungsstrafgesetzes wird im Frühjahr 2003 dem Grossen Rat zugeleitet.

### Postulate

1. *Alois Graf* und Mit. über die Änderung des Gebäudeversicherungsgesetzes (Nr. 406). Eröffnet als Motion 26.6.89, erh. als Postulat 12.12.94

Eine Arbeitsgruppe der Vereinigung der Schweizerischen Gebäudeversicherungen ist daran, den Bedarf und die möglichen Formen eines Selbstbehaltes abzuklären. Danach wird allenfalls eine Gesetzesänderung vorgeschlagen.

2. *Louis Schelbert* und Mit. über die Aufhebung der teilweisen Steuerbefreiung von Diesel-Fahrzeugen (Nr. 641). Eröffnet 2.2.99, erh. 21.6.99

Der Regierungsrat hat die §§ 4 und 4a der Verordnung zum Gesetz über die Verkehrsabgaben und den Vollzug des eidg. Strassenverkehrsrechts revidiert. So wird für Fahrräder und Motorfahrräder mit elektronischem Antrieb keine Steuer und für Fahrzeuge mit Elektro-, Gas-, Wasserstoff-, Brennzellen- oder Hybridantrieb 20 Prozent des tiefsten Steueransatzes der entsprechenden Fahrzeugart verlangt. Wir beantragen deshalb, das Postulat abzuschreiben.

3. *Adrian Borgula* und Mit. über den Umgang mit gefährlichen Hunden (Nr. 246). Eröffnet als Motion 21.11.2000, teilw. erh. als Postulat 11.9.01 (in Verbindung mit dem Gesundheits- und Sozialdepartement)

Die Massnahmen des Bundes mit den entsprechenden Auswirkungen auf die kant. Gesetzgebung sind noch offen (z. B. Chip zur Identifikation der Hunde).

4. *Marcel Johann* und Mit. über Massnahmen im Zusammenhang mit der Zucht, dem Handel und der Haltung von gefährlichen Hunden und so genannten Kampfhunden und dem damit verbundenen Schutz der Bevölkerung (Nr. 267). Eröffnet 21.11.2000, teilw. erh. 11.9.01 (in Verbindung mit dem Gesundheits- und Sozialdepartement)

Die Massnahmen des Bundes mit den entsprechenden Auswirkungen auf die kant. Gesetzgebung sind noch offen (z. B. Chip zur Identifikation der Hunde).

5. *Adrian Borgula* und Mit. über die bessere Bekämpfung der Internet-Kriminalität (Nr. 234). Eröffnet 24.10.2000, erh. 20.11.01

Der Regierungsrat hat mit dem EJPD einen Leistungsauftrag abgeschlossen. Damit wird das Internet-Monitoring durch den Bund vorgenommen. Wir beantragen deshalb, das Postulat abzuschreiben.

6. *Karl M. Ronner* und Mit. über die Änderung von § 32 Ziffer 2 des Gebäudeversicherungsgesetzes (Nr. 387). Eröffnet als Motion 8.5.01, erh. als Postulat 5.3.02

Inwieweit das Postulat mit einer Verordnungsänderung umgesetzt werden kann, wird im Moment geprüft.

7. *Ida Glanzmann* und Mit. über die Überprüfung der Erreichbarkeit der Polizei und der Sicherheit der Bevölkerung (Nr. 464). Eröffnet 10.9.01, erh. 27.5.02

Der Grosse Rat hat einer weiteren Erhöhung des Polizeibestandes um 24 Stellen zugestimmt. Damit werden Sicherheit und Interventionszeit verbessert. Im Jahr 2004 soll wieder eine Lagebeurteilung vorgenommen und allenfalls eine weitere Erhöhung beantragt werden.

8. *Josef Rüttimann* und Mit. über zusätzliche Abstellplätze und Stauräume für den LKW-Transitverkehr entlang der A 2 im Kanton Luzern (Nr. 697). Eröffnet als Motion 1. 7. 02, erh. als Postulat 29.10. 02

Zusammen mit dem Bund und den Kantonen an der A 2 werden die getroffenen Massnahmen ständig überprüft und optimiert. Der Regierungsrat hat die momentan möglichen Massnahmen getroffen. Wie bisher, wird sich der Regierungsrat auch künftig dafür einsetzen, dass kein zusätzlicher Stauraum im Kanton Luzern entsteht. Wir beantragen deshalb, das Postulat abzuschreiben.

9. *Trudy Haldi* und Mit. über die zunehmende Gewaltbereitschaft Jugendlicher (Nr. 467). Eröffnet 10. 9. 01, teilw. erh. 29.10. 02

Mit dem Projekt Jugendgewalt hat nun der Regierungsrat die Möglichkeit für den Einsatz von Mediatorinnen und Mediatoren im ganzen Kanton Luzern geschaffen. Zudem sind in verschiedenen Gemeinden die gewünschten Netzwerke entstanden. Das Strafrecht wird konsequent angewendet. Wir beantragen deshalb, das Postulat abzuschreiben.

## Wirtschaftsdepartement

### Motionen

1. *Klaus Wermelinger* und Mit. über die Teilrevision des Kantonalen Landwirtschaftsgesetzes (Nr. 883). Eröffnet 8. 5. 01, erh. 11. 9. 01

Am 29. Mai 2002 hat der Bundesrat die Botschaft zur Weiterentwicklung zur Agrarpolitik verabschiedet. Darin werden Änderungen in sechs Bundesgesetzen sowie ein Bundesbeschluss über die finanziellen Mittel für die Landwirtschaft in den Jahren 2004 bis 2007 vorgeschlagen. Zurzeit laufen die parlamentarischen Beratungen. Wir werden prüfen, inwieweit das Kantonale Landwirtschaftsgesetz aufgrund des neuen Bundesrechts geändert werden muss und die in der Motion enthaltenen Anliegen weitere Anpassungen notwendig machen.

### Postulate

1. *Christoph Lengwiler* und Mit. über die Einführung eines Höchstanteils an nicht-erneuerbaren Energien für Neubauten (Nr. 666). Eröffnet als Motion 23. 3. 99, teilw. erh. als Postulat 9. 5. 2000

Die Motion wurde insoweit als Postulat erheblich erklärt, als damit die Verbesserung der Wärmeschutzbestimmungen für Hochbauten verlangt wurde. In der Zwischenzeit ist die SIA-Norm 380/1 (Energie im Hochbau) angepasst worden. Gestützt darauf wird zurzeit die kantonale Verordnung über den Wärmeschutz der Bauten in Abstimmungen mit den übrigen Kantonen verwaltungsintern überarbeitet. Da es sich um eine technisch komplizierte Materie handelt, wird der zwischenzeitlich bereits vorliegende Vorentwurf noch vereinfacht und anwendungsfreundlicher ausgestaltet. Mitte 2003 sollte die revidierte Verordnung voraussichtlich in Kraft gesetzt werden können.

2. *Albert Vitali* und Mit. über die Verordnung zum Schutz des Sempachersees und seiner Ufer (Nr. 68). Eröffnet 29.11. 99, erh. 9. 5. 2000

Wir haben die Verordnung zum Schutz des Sempachersees zu Beginn des Jahres 2003 verabschiedet. Dem Anliegen einer besseren Entflechtung von Naturschutz- und Erholungsgebieten haben wir im Sinne der Regionalplanung weitgehend Rechnung getragen. Das Hauptaugenmerk wird mit differenzierten Bestimmungen auf die naturschützerischen Vorranggebiete konzentriert. Daneben sind spezielle Zonen für Erholung, Sport und Tourismus geschaffen worden. Die Regelung der Nutzung ist hier den Gemeinden überlassen. Wir beantragen, das Postulat abzuschreiben.

3. *Hanspeter Pfister* und Mit. über die Auflösung der kantonalen Bodenrechtskommission (Nr. 92). Eröffnet als Motion 27. 3. 2000 erh. als Postulat 12. 9. 2000

Die bevorstehende Revision des Kantonalen Landwirtschaftsgesetzes wird uns Gelegenheit geben, das Anliegen des Postulates zu prüfen. Im Übrigen verweisen wir auf unsere Ausführungen zur Motion Nr. 1.

4. *Louis Schelbert* über den Vollzug der flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit (Nr. 103). Eröffnet als Motion 27. 3. 2000, erh. als Postulat 12. 9. 2000  
Am 20. November 2000 hat Ihr Rat das neue Einführungsgesetz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch verabschiedet. § 4 Abs. 1 dieses Erlasses sieht vor, dass der Regierungsrat als flankierende Massnahme zum Personenfreizügigkeitsabkommen Normalarbeitsverträge mit Minimallöhnen erlassen kann und zuständig ist für die Einsetzung einer tripartiten Kommission. Wir beabsichtigen, die tripartite Kommission bis Mitte des Jahres 2003 einzusetzen und in die weiteren Vorbereitungsarbeiten zur Umsetzung der Personenfreizügigkeit miteinzubeziehen.

5. *Alois Hodel* und Mit. über ein Dekret für einen Kredit zur Schadenminimierung für Lothar-Sturmholz (Nr. 326). Eröffnet als Motion 13. 2. 01, erh. als Postulat 2. 7. 01  
Wir haben uns bereit erklärt, eine Abgeltung in Härtefällen zu prüfen. Die zwischenzeitlichen Abklärungen haben ergeben, dass das Anliegen nicht mehr weiterzuverfolgen ist. Die entsprechenden Vorbereitungsarbeiten sind im Einvernehmen mit dem Waldwirtschaftsverband und dem Bäuerinnen- und Bauernverband eingestellt worden. Wir beantragen, das Postulat abzuschreiben.

6. *Brigitt Aregger* und Mit. über eine Änderung der Beiträge an die Besoldungskosten der Revierförsterinnen und -förster (Nr. 390). Eröffnet als Motion 8. 5. 01, erh. als Postulat 11. 9. 01

Die Gemeindebeiträge an die Besoldungskosten der Revierförsterinnen und -förster sind als Beitrag der Gemeinden an die Abgeltung der gemeinwirtschaftlichen Leistungen des Waldes zu verstehen. Eine Reduktion dieser Beiträge würde zu einer erheblichen Mehrbelastung des Staatshaushaltes führen, weshalb wir das Anliegen des Postulates ablehnen. Wir beantragen, das Postulat abzuschreiben.

7. *Otto Elmiger* und Mit. über die Änderung von § 11 Abs. 2 des Jagdgesetzes (Nr. 345). Eröffnet als Motion 27. 3. 01, erh. als Postulat 20. 11. 01

Die nächste Revision des kantonalen Jagdgesetzes wird uns Gelegenheit geben, das Anliegen zu prüfen.

8. *Brigitt Aregger* und Mit. über die Aufhebung der Aufteilung der Jagdpachtzinsen unter den Betroffenen Einwohnergemeinden (Nr. 517). Eröffnet 23. 10. 01, erh. 20. 11. 01

Die nächste Revision des kantonalen Jagdgesetzes wird uns Gelegenheit geben, das Anliegen zu prüfen.

9. *Karl M. Ronner* und Mit. über die Erhaltung der Kulturlandschaft im Kanton Luzern (Nr. 497). Eröffnet 22. 10. 01, erh. 22. 11. 02

Mit der teilweisen Erheblicherklärung des Postulates wurde verlangt, dass der Kanton auf der Grundlage der Öko-Qualitätsverordnung des Bundes sich weiterhin an den Zusatzbeiträgen für Hochstammbäume beteiligen soll. Für uns ist die Weiterführung dieser Beteiligung unbestritten. Wir beantragen, das Postulat abzuschreiben.

10. *Giorgio Pardini* über den Verlust von Swisscom-Arbeitsplätzen in Luzern (Nr. 650). Eröffnet 27. 5. 02, erh. 28. 5. 02

Anlässlich der Beantwortung des Vorstosses haben wir darüber orientiert, dass wir uns bei den Verantwortlichen der Swisscom für die Erhaltung der Arbeitsplätze in Luzern eingesetzt haben. Wir erachten es als Daueraufgabe, uns nicht nur bei der Swisscom, sondern allgemein für die Erhaltung der Arbeitsplätze einzusetzen. Wir beantragen, das Postulat abzuschreiben.

11. *Brigitt Aregger* und Mit. über die angeordnete Einzelanweisung des BUWAL zu Forstschutzmassnahmen im Grenzbereich Entlebuch–Emmental betreffend Borkenkäferbekämpfung (Nr. 680). Eröffnet 24. 6. 02, teilw. erh. 1. 7. 02

Die Hauptforderung des Postulates, wonach die Räumung der Borkenkäferneester im ganzen Kanton behördlich anzuordnen ist und dafür entsprechende Beiträge an die Waldbesitzer auszubezahlen sind, wurde abgelehnt. Das Anliegen, die Luzerner Forstpolitik allgemein zu überprüfen, wurde hingegen erheblich erklärt. Die periodische Überprüfung der allgemeinen Forstpolitik und die Anpassung dieser Politik an die aktuellen Daten und Grundlagen erachten wir als Dauerauftrag. Wir beantragen, das Postulat abzuschreiben.

12. *Heidi Lang* und Mit. über die Untersuchung der Standortattraktivität (Nr. 509). Eröffnet 23. 10. 01, erh. 1. 7. 02

Mit der Erheblicherklärung des Postulates haben wir den Auftrag erhalten, die wirtschaftliche Situation und die Standortattraktivität aufgrund der vorhandenen aktuellen

Daten und Erkenntnisse laufend zu analysieren und unsere Politik entsprechend anzupassen. Dies betrachten wir als Dauerauftrag. Die Erstellung neuer Studien wurde hingegen abgelehnt. Wir beantragen, das Postulat abzuschreiben.

13. *Louis Schelbert* und Mit. über Transparenz bei Steuererleichterungen (Nr. 541). Eröffnet 21.11.01, erh. 1.7.01 (in Verbindung mit dem Finanzdepartement)

Im Jahresbericht für das Jahr 2002 berichtet das Wirtschaftsdepartement über die Praxis, Erfahrungen und Entwicklungstendenzen bei den Steuererleichterungen. Dem Anliegen des Postulates ist damit entsprochen. Wir beantragen, das Postulat abzuschreiben.

14. *Louis Schelbert* und Mit. über den Vollzug der flankierenden Massnahmen (Nr. 578). Eröffnet 28.1.02, erh. 1.7.02 (in Verbindung mit dem Finanzdepartement)

Wir verweisen auf unsere Ausführungen zum Postulat Nr. 4.

15. *Franz Wüest* und Mit. über die Umsetzung des IHG im Kanton Luzern (Planungsbericht über die Regionalpolitik) (Nr. 580). Eröffnet 28.1.02, teilw. erh. 1.7.02

Das Anliegen des Postulates, wonach für das IHG ein Planungsbericht zu erstellen ist, wurde abgelehnt. Hingegen haben wir im Sinne der Beratungen der RegioHER unsere Unterstützung bei der Erarbeitung des ohnehin zu überarbeitenden Entwicklungskonzeptes zugesichert. Wir beantragen, das Postulat abzuschreiben.

16. *Vreni Grüter* und Mit. über den Leistungsauftrag für die Fachstelle für Wirtschaftsförderung des Kantons Luzern (Nr. 595). Eröffnet als Motion 5.3.02, erh. als Postulat 1.7.02

Der Leistungsauftrag der Fachstelle für Wirtschaftsförderung liegt noch nicht vor. Zurzeit klären wir ab, ob es möglich ist, zusammen mit der Stadt Luzern und den regionalen Wirtschaftsförderungen eine neue Struktur und eine gemeinsame Trägerschaft zu entwickeln.

17. *Karl M. Ronner* und Mit. über existenzfördernde Massnahmen in Land- und Milchwirtschaft (Nr. 714). Eröffnet 9.9.02, teilw. erh. 10.9.02

Mit der teilweisen Erheblicherklärung des Postulates wurden wir beauftragt, uns bei den zuständigen Instanzen gegen den Abbau der Stützungsmassnahmen und für die Festlegung einer marktkonformen inländischen Milchmenge einzusetzen. Wir hatten verschiedentlich Gelegenheit, das Anliegen des Postulates bei den Bundesbehörden und in der Landwirtschaftsdirektorenkonferenz zu vertreten. Wir beantragen, das Postulat abzuschreiben.

18. *Louis Schelbert* und Mit. über den Verbleib des Post-Briefzentrums in der Region Luzern (Nr. 729). Eröffnet 9.9.02, erh. 29.10.02

Wir haben uns bei jeder möglichen Gelegenheit für die Erhaltung der Arbeitsplätze der Post in der Region Luzern eingesetzt. Die Post ist zwischenzeitlich von ihrem ursprünglichen Modell mit nur noch drei Postbriefzentren abgerückt. Es stehen zurzeit verschiedene Varianten im Vordergrund, die so genannte Subzentren auch in Luzern vorsehen. Mit diesen Subzentren könnte ein Grossteil der Arbeitsplätze der Post in der Region Luzern erhalten bleiben. Wir beantragen, das Postulat abzuschreiben.

19. *Giorgio Pardini* über den Verlust von 600 Post-Arbeitsplätzen in Luzern (Nr. 755). Eröffnet 28.10.02, erh. 29.10.02

Wir verweisen auf unsere Ausführungen zum Postulat Nr. 18. Wir beantragen, das Postulat abzuschreiben.

20. *Alois Hodel* und Mit. über die Ab- und Umbaupläne der Schweizerischen Post (Nr. 756). Eröffnet 28.10.02, erh. 29.10.02

Wir verweisen auf unsere Ausführungen zum Postulat Nr. 18. Wir beantragen, das Postulat abzuschreiben.

21. *Louis Schelbert* und Mit. über die Zukunft der Giesserei Emmenbrücke (Nr. 777). Eröffnet 25.11.02, teilw. erh. 26.11.02

Mit der teilweisen Erheblicherklärung des Postulates sind wir beauftragt worden, uns bei den Verantwortlichen des Von-Roll-Konzerns für die Erhaltung der Arbeitsplätze in Emmenbrücke einzusetzen. Entsprechende Kontakte haben stattgefunden. Wir beantragen, das Postulat abzuschreiben.